

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Witte, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von E. Hantzsch & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlgr. 3, Bernstr. 1587. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 3, Bernstr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961. Bräunungs- und zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobonus) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 3 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Verkauftellen 2.25 ckl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. Infektionsgebühr: die sechsgeleitete Beilage 15 Pf., außerdem 25 Pf., im Restanteil Beile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 422

Nr. 10.

Magdeburg, Mittwoch den 13. Januar 1909.

20. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Für die Arbeitslosen.

II.

Den umfangreichsten Teil der Denkschrift Professor Landsbergs über die Arbeitslosenversicherung bildet die Schilderung der bisher mit der Arbeitslosenversicherung gemachten praktischen Erfahrungen. Mit einer einzigen Ausnahme hat es sich in allen Fällen nur um fakultative, d. h. freiwillige Arbeitslosenversicherung gehandelt. Der Versuch einer obligatorischen, d. h. für alle Arbeiter zwingenden Arbeitslosenversicherung ist nur einmal gemacht worden, 1895 in St. Gallen in der Schweiz. Das Ergebnis dieses Versuchs war ein außerordentlich ungünstiges, hervorgerufen durch die äußerst mangelhafte Organisation der Versicherung; nach 2 Jahren wurde sie wieder aufgegeben. In der Stadt Zürich und im Kanton Basel-Stadt wurde 1898 bzw. 1899 die Einführung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung von den maßgebenden Körperschaften abgelehnt.

Das Kapitel über die fakultative Arbeitslosenversicherung beginnt Professor Landsberg mit der Bemerkung, daß die bei weitem bedeutendsten Einrichtungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge unzweifelhaft die Arbeiterorganisationen besitzen. Er erwähnt, daß allein bei den freien Gewerkschaften im Deutschen Reich die Arbeitslosenunterstützung am Orte, also ohne Streif- und Reiseunterstützung

1907	1906	1905
4 912 367 Mk.	2 659 296 Mk.	1 991 924 Mk.
Zahl der Arbeitslosenunterstützung		
1907	1906	1905
81 629 Mk.	46 256 Mk.	32 094 Mk.
oder 4,19 Mk.	oder 2,65 Mk.	oder 2,36 Mk.
pro Mitglied		

Die Zahlen für 1908 liegen ja noch nicht vor; sie werden aber die der vorhergehenden Jahre weit übertreffen. Das geht schon aus einem Vergleich hervor, der in der Denkschrift über die vom Magdeburger Metallarbeiterverband in den einzelnen Quartalen 1907 und 1908 gezahlte Arbeitslosenunterstützung gezogen wird. Die kleine Tabelle ist interessant genug, um sie hier wiederzugeben:

1907	1908	mithin 1908 mehr
1. Quart. 11 356 Mk.	27 842 Mk.	16 486 Mk. od. 145 %
2. " 7 253 "	23 033 "	15 780 " od. 218 %
3. " 5 164 "	22 581 "	17 417 " od. 337 %
4. " 14 998 "	—	—

Nach einer längeren Erörterung über die in den einzelnen Gewerkschaften bestehenden Bestimmungen über Unterstützungsdauer, Höhe der Unterstützung, Kontrolle und dergleichen wird bemerkt, daß auch die übrigen Arbeiterorganisationen vielfach Unterstützungen im Falle von Arbeitslosigkeit gewähren. Die Girsch-Dunderschen Gewerksvereine in Magdeburg zahlten im Jahre 1907 insgesamt 2560 Mk. für Arbeitslosenunterstützung aus.

Ueber Bestrebungen der Arbeitgeber auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung heißt es in der Denkschrift, daß die Zahl der Arbeitgeber, welche für diejenigen Arbeiter besondere Fürsorge-Einrichtungen geschaffen haben, die sie aus Mangel an Arbeit zu entlassen genötigt sind, eine außerordentlich geringe ist. Es werden nur drei Firmen aufgezählt: die wegen ihrer sozialen Muttereinrichtungen rühmlichst bekannte Firma Karl Zeiß in Jena, die Maschinenfabrik Heinrich Lanz in Mannheim und die Margarinefabrik A. S. Mohr in Altona. Weitere Beispiele besonderer Einrichtungen sind nicht bekannt, heißt es.

Eine eingehende Würdigung finden dann „die allgemeinen Versicherungsanstaltungen in den Städten“, und zwar die „Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit in der Gemeinde Bern“, die „Städtische Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter“ und die „Arbeitslosenversicherungskasse“ in Leipzig. Während bei der letzteren, die erst vor ein paar Jahren gegründet wurde, noch keine ausreichenden Erfahrungen vorliegen, haben die beiden ersten die beachtenswerte Erfahrung gemacht, daß sich hauptsächlich die Arbeiter der Bauberufe gegen Arbeitslosigkeit versichern, das heißt die Arbeiter, die am meisten bedürftig sind, arbeitslos zu werden.

Des längeren verweist die Denkschrift bei der Schilderung des gemischten Zuschußsystems, des sog. Genter Systems. Dies System, das eine weite Verbreitung gefunden hat, wurde zuerst von der belgischen Stadt Gent im Jahre 1901 eingeführt und besteht im wesentlichen darin,

daß unter Verzicht auf die Begründung selbständiger Versicherungsanstaltungen die Einrichtungen derjenigen Arbeitervereinigungen unterstützt werden, welche sich gewissen Grundbestimmungen unterwerfen; die Unterstützung erfolgt zumeist in der Art, daß die Arbeitslosenunterstützungen der Verbände um einen bestimmten, nach Maßgabe der verfügbaren Mittel festgesetzten Prozentsatz erhöht werden. Das Genter System hat namentlich in Belgien selbst großen Anklang gefunden, im Jahre 1907 bestanden dort bereits 14 solcher kommunalen Zuschußfonds, an welche 27 Gemeinden angeschlossen waren. Auch die belgischen Provinzen verteilen derartige Zuschüsse. In Frankreich, Norwegen und Dänemark ist das Genter System für den ganzen Staat gesetzlich eingeführt. In Deutschland hat bisher nur eine Stadt, und zwar Straßburg im Elsaß, seit dem 1. Januar 1907 zu diesem System gegriffen. Dort meldeten sich zur Beteiligung 16 freie Gewerkschaften mit 3287 Mitgliedern, 3 christliche Gewerkschaften mit 124 Mitgliedern und der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband mit 260 Mitgliedern. 12 von diesen 20 Organisationen bezogen dann städtischen Zuschuß, und zwar in 264 Fällen für 153 Personen und für 2618 Tage. Der aufgewendete Betrag belief sich auf 1889 Mark, während die 12 beteiligten Verbände insgesamt 7659 Mark zahlten.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 12. Januar 1909.

Aus der Geheimverhandlung des preussischen Ministeriums des Innern dringen durch eine Berliner Korrespondenz einige Nachrichten an die Öffentlichkeit. Der preussische Ministerrat soll danach bereits vom Minister v. Moltke entworfene Grundzüge eines neuen preussischen Wahlsystems im Prinzip gebilligt haben. Es ist aber nicht abzusehen, wann sich diese „Grundzüge“ zu einem Entwurf verdichten haben und in fester Gestalt an das Staatsministerium gelangen werden, noch weniger, wann endlich eine ausgearbeitete Vorlage dem Landtag zugehen soll. Als Referent für die Wahlreform im Ministerium des Innern wird der Geheimrat Falkenhayn bezeichnet.

Durch diese Nachrichten wird nur bestätigt, was schon bisher keinem aufmerksamen Beobachter der Regierungslaktik entgangen sein kann. Für die Regierung Billow heißt es in der Wahlrechtsfrage: Am liebsten gar nicht, wenn es aber sein muß, so spät wie möglich und so wenig wie möglich. Im Jahre 1910 sollen die statistischen Vorarbeiten abgeschlossen sein, und im Jahre 1911 oder 1912 will man dann vielleicht mit einer Vorlage hervortreten, die das alte Unrecht auf neuer Grundlage wieder aufbaut. Am liebsten möchte man ja das alte Dreiklassenwahlrecht behalten, vielleicht mit dem Zusatz, daß Personen höherer Bildung ohne Rücksicht auf ihre Steuerleistung in der zweiten resp. ersten Klasse wählen dürfen. Läßt sich aber das nicht machen, so ist man entschlossen, zu einem Pluralwahlrecht zu greifen ähnlich jenem, das jetzt in Sachsen Gesetz werden soll. Und nur, wenn ganz außerordentliche Ereignisse eintreten, Ereignisse, die der Regierung und dem Landtag die Ueberzeugung hebringen, daß ihre bisherige Haltung in der Wahlrechtsfrage geeignet ist, Katastrophen herbeizuführen, darf mit einem Siege des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gerechnet werden.

Wenn die preussische Wahlreformvorlage kommt, wie sie aussehen und in welcher Gestalt sie Gesetz werden wird, hängt also zunächst von dem Maße der Kraft ab, das von der preussischen Wahlrechtsbewegung entwickelt wird. Die preussische Staatsregierung geht keinen Schritt weiter als sie geschoben wird, sie kann in den Berechnungen der preussischen Wahlrechtsfreunde keine andre Rolle spielen als die eines hemmenden Faktors.

Wir leugnen ab!

Die offiziöse Presse, die anfangs nur zu lange schwieg, wandelt sich jetzt zum Vulkan, der Dementis speit. Der bekannten Erklärung des „Reichs-Anzeigers“ folgt jetzt eine neue Erklärung in der „Nordd. Allgem. Ztg.“, in der gegen das „Berliner Tageblatt“ „festgestellt“ wird, „daß Seine Majestät der Kaiser in der Besprechung mit den Generalen die Vorgänge nach dem Erscheinen des „Daily-Telegraph“-Artikels mit keinem Worte berührt hat“. Es bleibt abzuwarten, was das „Berliner Tageblatt“ auf diese offiziöse Feststellung antworten wird. Daß der vom Kaiser ver-

lesene Artikel des Grafen Schlieffen sich mit jenen Vorgängen befaßt, läßt sich allerdings nicht leugnen, und darum wird der Versuch unternommen, die Sache so darzustellen, als ob der Kaiser die politischen Ausführungen jenes Artikels überhaupt nicht vorgelesen und auf keine Weise sein Einverständnis mit ihnen zu erkennen gegeben habe. Dadurch würde es aber nur noch rätselhafter werden, was eigentlich den Kaiser bewogen hat, den Generalen seitenlange Vorlesungen aus der „Deutschen Revue“ zu halten. Soweit wir sehen, hat noch kein Fachmann den Versuch gemacht, die militärischen Ausführungen des Artikels als etwas irgendwie Bemerkenswertes hinzustellen, aber zahlreiche Stimmen der militärischen Fachwelt, unter ihnen der französische General Langlois, haben versichert, daß der Artikel Schlieffens bloß eine Sammlung von Selbstverständlichkeiten sei. Der Autor selbst hat in beiseitender Selbsterkenntnis einem Ausfrager eines französischen Blattes die Wichtigkeit dieses Urteils bestätigt. Der Artikel, versichert Graf Schlieffen, enthält in militärischer Beziehung absolut nichts Neues, und es sei nicht einzusehen, was den Kaiser bewogen habe, diesen Artikel den Generalen vorzulesen. Wenn dem aber so ist, dann haben die Offiziere dem Kaiser einen schlechten Dienst geleistet, indem sie versicherten, er habe sich darauf beschränkt, den Generalen die militärischen Ausführungen des Artikels vorzulesen. Die feierliche Vorlesung eines inhaltslosen, unbedeutenden Aufsatzes durch den Kaiser im Kreise von Fachleuten ist ein recht sonderbarer Vorgang. Möglicherweise ließ sich Wilhelm 2. nur von der Absicht leiten, seinem alten Freunde Grafen Schlieffen, den er im Gegensatz zu andern sachverständigen Beurteilern für einen großen Strategen hält, eine Ehrung und Freude zu bereiten.

Manchmal irrt in den Mitteln, durch welche er einen angeführten Zweck erreichen kann, und sich nicht völlig über die unangenehmen Nebenwirkungen seiner Handlungen klar ist. Jeder gewissenhafte Ratgeber hätte dem Kaiser raten müssen, den Artikel Schlieffens, der recht bedenkliche politische Ausführungen enthält, lieber nicht anzufassen. Aber es ist bisher noch immer nicht bekannt, ob ein verantwortlicher Ratgeber in dieser Angelegenheit überhaupt befragt worden ist.

Eine angeblich zuverlässige Nachricht besagt, daß bereits eine behördliche Untersuchung eingeleitet ist, um zu ergründen, auf welche Weise Nachrichten über den kaiserlichen Neujahrsvortrag in die Öffentlichkeit gelangt sind. Man neigt nicht ohne Grund zu der Annahme, daß einer der Nächstebeteiligten, das heißt also wohl ein General, die Diskretion nicht sorgfältig genug gewahrt habe. Es zeugt allerdings von gründlicher Verkennung der im Volke herrschenden Auffassungen und Stimmungen, wenn man glaubt, durch Verfolgung von Personen, die Nachrichten über den Kaiser in die Öffentlichkeit bringen, etwa beruhigend zu wirken. Man hätte doch aus der Erfahrung zwanzig langer Jahre lernen können, daß man durch Anwendung solcher Mittel Indiskretionen nicht verhindert und die Aufregung nur noch verschärft.

Der Handelstag und die Reichsfinanzreform.

Schatzsekretär Sadow hat die Rede, mit der er im Reichstag die Finanzreform begründete, auszugswweise auch auf dem Deutschen Handelstag gehalten. Der Handelstag nahm eine Resolution an, die eine Besteuerung des Weines billigt. Im Interesse des Gemeinwohls könne man eine Erhöhung der Steuer auf Tabak, Branntwein und Bier und der Einführung einer Weinsteuern nicht widersprechen, jedoch müsse verlangt werden, daß die Steuern so gestaltet werden, daß sie auf die Verbraucher abgewälzt werden können. Bei der Spezialberatung der Branntweinsteuer kam es zu einem heikeln Intermezzo: Ein Diskussionsredner verlangte Abschaffung der Liebesgaben. Dem trat ein anderer Redner, der Kommerzienrat Sinner (Karlsruhe), entgegen mit der Behauptung, die Liebesgabe komme auch den Konsumenten zugute. Ihm trat ein anderer Redner aus Karlsruhe namens Lehment entgegen, der seine Rede mit dem Satz einleitete: „Die Ausführungen des Vorredners dürfen nicht unwiderrprochen bleiben, weil er als Brenner und Spiritfabrikant selber pro Jahr etwa 400 000 Mark empfängt.“

Das Verlangen des badischen Schnapsbrenners, der Handelstag möge sich mit dem Monopol einverstanden erklären, wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt.

Das käufliche Wahlrecht.

In den letzten Tagen ist in der Dresdner Wahlrechtsdunkelkammer ein Kompromiß zwischen Konservativen und Nationalliberalen zustande gekommen, das, wenn der sächsische Himmel nicht einstrahlt, binnen kurzem Gesetz werden soll. Das Dreiklassenwahlrecht wird dann in Sachsen zu existieren aufgehört haben, Preußen wird als Dreiklassenstaat in der Welt isoliert sein, aber das sächsische Vorbild wird ihm auf zukünftigen Reformwegen

121. 19

glorreich voranleuchten. Bald wird es auch in Preußen, wenigstens bei den Nationalliberalen heißen: Nieder mit dem Dreiklassenystem, es lebe das Vierklassensystem!

Das neue vierbeinige Produkt konserverliberaler Paarung sieht in der Hauptsache so aus:

Die Unterscheidung zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen bleibt bestehen: Die Zahl der Wahlkreise, die bisher 82 betrug, wird auf 91 erhöht. Demnach wird das gesamte sächsische Wählervolk in vier Klassen geteilt, die im Gegensatz zu den unüberschaubaren Situationslagen der Dreiklassenwahlberechtigung feste gesetzliche Grenzen haben. Jedermann wird gezwungen und nach seiner staatsbürgerlichen Gewichtigkeit in das ihm entsprechende Abteil gewiesen. Die wahlberechtigten sächsischen Bevölkerung zerfällt in vier Schichten mit vierfach verschiedenen Abstufungen, nämlich:

Erste Klasse (Wahlbürger mit vier Stimmen): Alle Landtagswähler mit mindestens 2800 Mark Einkommen, die Beamten, Gemeindefürsorge- und Landeskulturratwähler mit mindestens 2500 Mark Einkommen. Diesen gleichgestellt sind die Ärzte, Geistlichen und Rechtsanwälte. Weiter erhalten je vier Stimmen die Grundbesitzer mit 250 Steuer-einheiten, und 2200 Mark Einkommen, die Besitzer eines landwirtschaftlichen Betriebes von 8 Hektar, die Besitzer eines gärtnerischen Betriebes von 2 Hektar, die 50-jährigen Wähler, die sonst nur drei Stimmen haben würden.

Zweite Klasse (Dreiviertelbürger mit drei Stimmen): Alle Landtagswähler mit mindestens 2200 Mark Einkommen, die Beamten, Gemeindefürsorge- und Landeskulturratwähler mit mindestens 1900 Mark Einkommen, die Grundbesitzer mit 150 Steuer-einheiten und 1600 Mark Einkommen; die Besitzer eines landwirtschaftlichen Betriebes von 4 Hektar, die Besitzer eines gärtnerischen Betriebes von 1 Hektar, die Besitzer des einjährig-freiwilligen oder eines gleichwertigen Zeugnisses, alle 50-jährigen Wähler, die sonst nur zwei Stimmen haben würden.

Dritte Klasse (Halbbürger mit zwei Stimmen): Alle Landtagswähler mit 1600 Mark Einkommen, die Beamten, Gemeindefürsorge- und Landeskulturratwähler mit 1400 Mark Einkommen, die Grundbesitzer mit 100 Steuer-einheiten und 1250 Mark Einkommen, die Besitzer eines landwirtschaftlichen Betriebes von 2 Hektar, die Besitzer eines gärtnerischen Betriebes von 1/2 Hektar und alle 50-jährigen Wähler, welche sonst nur eine Stimme haben würden.

Vierte Klasse (Viertelbürger mit einer Stimme): Alle übrigen.

So wird wenigstens im amtlichen „Freiberger Anzeiger“ der Inhalt des konserverliberalen Wahlrechtskompromisses dargestellt, und wir Sozialdemokraten können nur dringend hoffen und wünschen, daß diese Darstellung richtig sein möge. Denn dieses neue sächsische Vierklassenwahlrecht würde der sinnreichste Apparat zur Erzeugung von Klassenhaß sein, der jemals erdacht worden ist. In dieser Beziehung würde es sich vom veralteten Dreiklassenwahlrecht unterscheiden wie eine moderne Turbinenanlage von einer eingetrockneten Kolbenmaschine. Das ist aber auch der einzige Punkt, worin das neue System modern ist, im übrigen muiet es an — wir wollen nicht jagen wie eine Schilderung, sondern eher wie eine Parodie chinesischer Zustände. Eine so aberwitzige

reaktionäre Partei nicht zustande bringen, es bedürfte der gemeinsamen Anstrengungen des konserverliberalen Krautkammer-tums und der nationalliberalen Schlottertonie, dieses Wunder zu bewerkstelligen. Die konserverliberalen „Tresorden Nachrichten“ verächteln mit einer höhnischen Verneinung nach links: wenn auch die Verbeibaltung der Wahlkreiseinteilung im Sinne der Wünsche der konserverliberalen Fraktion liege, so sei doch der Aufbau des Wahlrechts auf dem Pluralstimmensystem ein Sieg des liberalen Gedankens.

Die Zerreißen der Bevölkerung in vier voneinander geschiedene nach verschiedenen Berechtigungsgraden voneinander getrennt wählende Klassen wird heute für einen Sieg jenes Liberalismus erklärt, der, vor 60 und auch noch vor 40 Jahren die politische Rechtsgleichheit aller Staatsbürger als Grundlage jeder gerechten und haltbaren Staatsordnung betrachtete und verfochtete. Jetzt erprobt dieser nationale Liberalismus seine staatsmännliche Geduldlichkeit, indem er die Verfassung des Königreichs Sachsen nach dem Betriebsystem der preussischen und sächsischen Eisenbahnen organisiert. Auch die Politik hat jetzt ihre vierte Wagenklasse.

Wie das alte Dreiklassenwahlrecht von jenem sehr staats-erhaltenden Grundgedanken aus, den man im sächsischen Volk und anderwärts in dem oft gehörten Sprichwort zusammenzufassen pflegt: „Wer gut sämeert, der gut fährt!“ Das Gewicht des Staatsbürgers ist zunächst an der Summe Geldes zu erkennen. Die er jährlich an die Staatskasse zu entrichten in der Lage ist. Dadurch wird — da rechtlich einer übermäßig hohen Steuerentlastung des Wählers nichts im Wege steht — die politische Berechtigung im wahren Sinne des Wortes käuflich gemacht, und nur die soziale Notlage der entrechteten Schichten bringt es mit sich, daß sich die Wähler der vierten Klasse nicht in eine höhere Klasse einkaufen können. Die Steuer auf ein Einkommen von über 2000 Mark beträgt in Sachsen (ohne Gemeindegewerbesteuer) jährlich 54 Mark, dafür gibt es vier Stimmen. Drei Stimmen stellen sich schon bei einem Einkommen von 1500 Mark, zwei Stimmen bei 1000 Mark jährlich. Würden die sächsischen Nationalliberalen nicht in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber, welche Hungerlöhne sie ihren Arbeitern zahlen, so müßten ihnen beinahe Bedenken kommen, ob die von ihnen errichteten Stufenleiter sich auf die Dauer als haltbar erweisen werden. Kommt das Gesetz zustande, so werden sie in Zukunft ein hausvaterhaftes Interesse haben, ihren Arbeitern den Lohn zu drücken und ihr Ansehen in eine höhere Wählerklasse zu verhehlen. Auf der andern Seite bekommt jede Lohnforderung der Arbeiter eine politische Färbung, weil jede Erhöhung des Gehalts ein politischer Schritt zur Wahrung der politischen Rechtsgleichheit bedeutet wird. Das ist aber Ergebnis: Steigende Schärfe und Erbitterung des Klassenkampfes auf der ganzen Linie!

Man kann es nur wiederholen: Als eine Leistung, die dazu bestimmt ist, Haß und Verachtung gegen den bestehenden Klassenstaat zu säen, die Massen der Bevölkerung gegen die Ordnung dieses Staates aufzureizen, und schließlich auch die als Halbbürger behandelten Mittelschichten aufzubringen, kurz als ein Mittel, die Wahlrechtsbewegung und die Sozialdemokratie in Sachsen zu neuen Anstrengungen und Erfolgen vorwärts zu treiben, ist das neue sächsisch-nationalliberale Vierstimmenswahlrecht eine Meister- und Musterleistung. Das Proletariat dankt es den Herren und wird es ihnen heimzahlen, wie sie es verdienen! —

Zwei Großmächte gegen die Neger.

Im Nordwesten von Kamerun ist es zu kämpfen mit den aufständischen Eingebornen gekommen, bei denen die Truppen der beiden Großmächte Deutschland und Großbritannien gemeinsame Sache machten, um die um ihre Heimat und ihre Freiheit kämpfenden Kameruner niederzurufen. Ueber den Zusammenstoß wird halbamtlich berichtet:

Zur Feststellung der Nordwestgrenze von Kamerun gegen Britisch-Südwestafrika ist eine gemischte Grenzexpedition unterwegs, welche deutscherseits vom Oberleutnant v. Stephani geführt wird. Zur Vorbereitung dieser Expedition sind auf deutscher Seite schon im vorigen Jahre durch die Expedition des Majors Puder gegen die Muntshis die nötigen Aufklärungen erfolgt, so daß diesmal hier keine Schwierigkeiten entstanden sind. Dagegen scheinen ähnliche Schritte auf englischer Seite damals nicht erfolgt zu sein. So ist denn die Grenzexpedition auf englischem Gebiet von den mit Weißen überhaupt noch wenig in Berührung gekommenen dortigen Muntshis einem heftigen Angriff ausgesetzt gewesen. Die gemeinsame Aktion der deutschen und englischen Truppen erfolgte nach der Meldung des Gouvernements von Kamerun auf Ersuchen des britischen Kommissars und hatte die Wirkung, daß der Gegner in mehreren Gefechten zerschlagen wurde. Die deutsche Eskorte beteiligte sich unter Oberleutnant v. Stephani in Stärke von drei Europäern, 40 Soldaten und einem Maschinengewehr. Es ist anzunehmen, daß die Muntshis der Grenzkommission den Durchzug verwehren wollten. Die Verluste auf deutscher Seite sind: Oberleutnant v. Stephani Schuß in die rechte Brust und den rechten Ellbogen, Feldwebel Buchholz Schuß ins rechte Handgelenk, Sergeant Schulze Streifschuß in den linken Oberarm. Tot sind ein Soldat und ein Pferdewärter, schwer verwundet vier Soldaten, ein Dolmetscher und zwei Maschinengewehrträger. Das Befinden der Verletzten ist gut. Die Grenzermessung wurde unter Oberleutnant Bartisch fortgesetzt. —

Leistung.

Die Reichstagswahl in Elgen. Bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreis Wittgenheim-Elgen-Wiedenskopf wurden im ganzen 31 155 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Wunnum (christlich-soz.) 13 423 Stimmen, auf Vogel (natlib.) 7923 Stimmen, auf Kutsche (Fr. Pa.) 4175 Stimmen, auf Scharmel (Fr.) 3048 Stimmen, auf Gogowsky (Soz.) 1695 Stimmen, und auf Schneider (christlich-soz.) 959 Stimmen; verbleibend waren 24 Stimmen. Somit ist Stichwahl zwischen Wunnum und Vogel erforderlich. Die Stimmenzahl der Sozialdemokratie betrug 1907: 949, 1908: 1253. Sie ist also trotz der Unkunst der im Kreise für sie herrschenden Bedingungen um ein wesentliches gestiegen. —

Arbeitsmaterial für den Reichstag. Dem Reichstag, der am heutigen Dienstag wieder zusammentritt, sind zwei Gelegenheitswerke zugegangen, der eine betrifft die Doppelbesteuerung, der andere eine anderweitige Regelung der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. —

Die Errichtung einer chemischen Reichsanstalt wird seit einiger Zeit von den Interessenten der chemischen Industrie lebhaft diskutiert. Dem Reichsamt des Innern ist nunmehr ein fertiger Plan überreicht worden. Das Reich soll erhebliche Beiträge zu leisten. Das Institut selber soll aber eine freie wissenschaftliche Anstalt bleiben. —

Ein blau schwarzes Bündnis. Wie die „Frankf. Ztg.“ erfahren hat, wird das Zentrum in Bingen-Alzey von einer eignen Kandidatur absehen und gleich im ersten Wahlgang den Nationalliberalen Dr. Seiler unterstützen. — Alte Liebe ruft nicht! Dr. Seiler ist schon im Jahre 1903 mit Hilfe des Zentrums in Offentbach gewählt worden. —

Verteuerung der Seefische. Der Führer des Bundes der Seefischer Dr. Friedrich Hahn, hat die Besitzer von Fischdampfern aus dem Gebiet der Unterelbe veranlaßt, eine Deputation an das Reichsamt des Innern zu senden, um dort einen Zoll auf die Einfuhr von ausländischen Hochseefischen zu verlangen. — Der Mindestpreis für kleine Seefische soll auf 5 Pfg. festgesetzt werden. —

Ein nationalliberaler Parteitag. Die nationalliberale Partei Württembergs hat am vergangenen Sonntag ihren Landesparteitag in Stuttgart ab, auf dem Reichstagsabgeordneter Doktor Franz Wenzel über die politische Lage im Reichstag sprach. Er wandte sich ausdrücklich gegen jede Veranschlagung der Steuererhöhungen mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Er sprach für eine beschränkte Reichstagsreform, verwarf aber, welche Erklärung keine Partei zu den einzelnen unrichtigen Steuererhöhungen entnehmen wird. — Für eine Aufhebung der Steuerentlastungen des Reichstags sind die Nationalliberalen einmütig; jedoch solle man sich vor einer Reform hüten, wie sie in den letzten Tagen aus Anlaß der Kaiserrede zu den Generalen angeregt ist. Der Abgeordnete Hieber sprach sodann über die Arbeiten des württembergischen Landtags, erwähnte dabei den von ihm erzielten Fortschritt und betonte, daß eine weitere Erhöhung des Landes durch das Reich im Zukunft unbedingt zu vermeiden wäre. Der Zusammenhang zwischen den Landesparlamenten und der Reichstagsreform wurde bei der Staatsberatung dargelegt werden müssen. —

Reichstägliche Spezialkritik. Von der Württembergischen Eisen- und Stahlindustrie ist folgende Mitteilung: „Die Angaben des in Nummer 5 der „Magdeburger Volksstimme“ vom 7. Januar d. J. enthaltenen Artikels, daß es sich bei der Direktionsbesetzung um ein Verbrechen handele, dem im Reichstagsbereich die Reichstags-Organisatoren in Höhe von 30 Mark pro Kopf zu gewähren, und daß diese Organisationsarbeiten in diesem Jahre ausgeführt seien, ist unrichtig. Die Organisation von Reichstags- und Landesparlamenten ist seit langem ein selbstverständliches Geschäft der Reichstags-Organisatoren. Es sind keine besonderen Vorarbeiten, sondern nur die üblichen Arbeiten der Reichstags-Organisatoren, die im Laufe der Jahre erledigt sind. Im übrigen ist die Organisation der Reichstags- und Landesparlamenten ein selbstverständliches Geschäft der Reichstags-Organisatoren, das im Laufe der Jahre erledigt ist. Die Unter-

stellung, als wenn mit diesen Beträgen Sparnisse zum Nachteil der unteren Beamten gemacht würden, ist somit unzutreffend.“ Die Beamten werden sich also freuen, wenn es im neuen Jahre noch die gewohnte Summe gibt. Und das ist für sie schließlich die Hauptsache.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 12. Januar 1909.

Der gelbe Sumpf.

Zu einer gewaltigen Kundgebung gegen den Unternehmerterrorismus gestaltete sich die Metallarbeiterversammlung, die am Sonntag im großen Saale des „Luisenparks“ tagte. Eingeladen waren die Metallarbeiter jener Werke, in welchen mit Unternehmershilfe reichstreue Arbeiter- und gelbe Wert-bezaine ins Leben gerufen waren. Brandes teilte einleitend mit, daß der bekannte Herr Lebius nicht erschienen sei. Trotz der Aufforderung im „Der Bund“ (Organ des Lebius), die von sozialdemokratischer Seite einberufenen Versammlungen nicht zu besuchen, war eine große Zahl „gelber“ Arbeiter erschienen, um einmal die Wahrheit über die arbeiterfeindlichen Bestrebungen ihres Häuptlings zu hören.

Der Referent, Bezirksleiter Wolf (Halle), zeigte an den Gründungen der verschiedenen Organisationsrichtungen den Streben der Unternehmer, die Arbeiterkraft zu zersplittern. Die heftige Verämpfung des Koalitionsrechts wie auch die Massenausparungen haben nicht vermocht, den immer stärker werdenden Einfluß der modernen Gewerkschaften zu brechen. Jetzt solle der Arbeiterkampf mit Verzicht beizukommen werden. Deshalb die Gründung der gelben Arbeitervereine. Mit diesen seien sieben verschiedene Richtungen in der Arbeiterbewegung vorhanden. Sparinn und Wohlthätigkeit seien die Mittel, um die Unfreiheit der Arbeiter zu besiegen. Wolf schildert dann die Gründer der gelben Arbeiterbewegung in Frankreich, der Schweiz und Süddeutschland, um dann Lebius als Führer und Begründer der gelben Bewegung für das übrige Deutschland zu kennzeichnen.

Die Broschüre „Der gelbe Sumpf“ zeige ja, wie sehr es diesem Herrn auf das Geschäft ankomme. Früher habe er ein antimilitärisches Organ herausgegeben. Jetzt gebe seine Frau den „Bund“ heraus. Das Geschäft mit dieser Zeitschrift sei übrigens sehr einträglich, da sie das sogenannte „freiwillig erwählte“ Vereinsblatt der verschiedenen Wertvereine sei. Wolf zeigte ferner, welche Mittel Lebius anwendet, um die Arbeiter zu täuschen. In einem Brief an Professor Dr. Budde schreibt er:

„Ich würde vorschlagen, ungefähr nationalliberale Politik zu machen, diese aber nationaldemokratisch zu nennen. Den Anstoß an die nationalliberale oder freikon-servative Partei würde ich praktisch nicht für richtig betrachten. Der größere Teil der ehemaligen Sozialdemokraten verfolge uns dann sicherlich aus Vorehrlichkeit der Gefolgschaft. Wenn wir uns anders, so sieht es aus, als ob wir ganz neue Bahnen wandeln, um die ehemaligen Sozialdemokraten werden es leichter über sich gewinnen, mitzumachen. Es kommt ja nicht darauf an, wie wir etikettiert sind, sondern was wir in Wirklichkeit sind.“

Vor allem seien aber durch die Lebiusbrieve die Arbeitgeber bloßgestellt. Der Direktor Wolf der Wolfischen Werke habe behauptet, daß er mit dem Wertverein nichts zu tun habe. Die Briefe des Lebius beleuchten jedoch die Situation in bester Weise. In welcher Form Herr Hoffmeister (dem ja eine Sekretärstelle warte) Nutzen aus dem Briefwechsel zwischen Lebius und dem Direktor Wolf erwachse, darüber werde später noch einmal

Die Stellung der Arbeitgeber, die Lebius ebenfalls benutzt, um sich zur Gründung eines gelben Beamteneinheits bei den Unternehmern in empfehlende Erinnerung zu bringen. Wolf schildert dann die Demunziationswut und den journalistischen Anstand des gelben Schriftleiters. Auf Geschäftsverbindungen mit solchem Manne können die Unternehmer nicht stolz sein, und viele würden diese Gelegenheit benutzen, um den „Mafner“ Lebius abzutun. Mit der Aufforderung, frei zur Organisation zu stehen, schloß der Referent seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. In der Diskussion wurde auf den Terrorismus hingewiesen, welchen die Vorgesetzten ausüben, um Mitglieder für die Wertvereine zu gewinnen. So müßten neueintretende Arbeiter in der Maschinenfabrik Budau ein Schriftstück unterschreiben, durch welches sie ihren Beitritt in den Wertverein erklären. Solche, die sich weigern, werden nicht eingekleidet. Der Formmeister Müller erklärt: „Diejenigen, die ihre Abmeldung wieder vollziehen, werden sofort entlassen.“ (Da bei dieser Firma Abmeldungen alter und lüderlicher Arbeiter an der Tagesordnung sind, und zwar in beiden Fabriken, so werden wir uns bei nächster Gelegenheit einmal recht eingehend mit der Produktion in diesen Werken und auch mit der Arbeit der Arbeiter befassen. Der Berichterstatter.) Wie weit die „Freiwilligkeit“ der Wertvereinsmitglieder in diesem Werke geht, wurde in folgender Weise geschildert: „Am letzten Freitag wurde für drei Tage Lohn gezahlt. Davon sind nicht weniger als 450 Mark abgezogen worden, und zwar für Kranken- und Invalidenversicherung 162 Mark, für Beiträge zum Wertverein 291 Mark, so daß große Enttäuschung bei den Mitgliedern über diese Mißsichtlosigkeit Platz gegriffen hat.“

Brandes zeigte an Beispielen, wie die Arbeitsbedingungen gerade dort am allerjüngsten geworden sind, wo die Wertvereine existieren und eine verhältnismäßig stärkere Mitgliederzahl aufweisen. Gätten so schon die Arbeiter einen Beweis dafür, daß die Unternehmer gar nicht daran denken, Arbeiterinteressen wahrzunehmen, so hätten auch die Leiter der gelben Vereine nicht gehalten, was sie bei Gründung derselben versprochen haben. Die Krankenunterstützungskasse des Wertvereins der Firma Strubbe habe jetzt schon, nach kurzer Zeit ihres Bestehens, die Leistungen heruntergesetzt, und zahle statt 26 nur noch 13 Wochen lang Zuschüsse in Krankheitsfällen. Habe ein Arbeiter eine 13 wöchige Krankheit durchgemacht, dann sei er nicht nur ausgeschlossen, sondern habe auch zugleich die Mitgliedschaft verloren. Die Reaufnahme in die Krankenzuschußkasse könne nur wieder erfolgen, wenn der Unterjüngste als vollständig gesund gelte. Habe dieser, falls er wirklich noch einmal aufgenommen werde, das Unglück, später noch einmal krank zu werden, dann komme nur eine Unterstützung bis zu sieben Wochen zur Auszahlung. Danach höre sie für die „gelben“ Arbeiter überhaupt nicht. Der Groß der getauften Wertvereinsmitglieder sei um so begreiflicher, als nicht nur die angestellten „mathematischen“ Vordemungen des Herrn Öberingenters Winkler falsch, sondern auch die Angaben ganz bedeutende Verfälschungen des Unterstützungswehens eingetrieben seien. Da Statuten nach den neuen Bestimmungen der Zuschußkassen noch nicht herausgegeben seien, herrsche allgemein die Auffassung, daß sie der Regierung, trotz erfolgter zweimaliger Änderung, zur Genehmigung nicht vorgelegen haben, und mit der alten Gimpelfang getrieben werde. Eine Bewegung, deren Leiter mit dem frubellsten Terrorismus und der häufigsten Demunziation arbeiten, deren Führer unter falscher Flagge gehen, um die Arbeiter zu täuschen, könne das Vertrauen der Masse niemals erwerben und müsse wieder zugrunde gehen.

Mit der Aufforderung, unabhängig für die modernen Organisations-tätig zu sein und die verteilte Broschüre zur Aufklärung an reichstreue Arbeiter und Wertvereinsmitglieder weiterzugeben, wurde die Referentensammlung nach einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die freien Gewerkschaften geschlossen. —

1. Beilage zur Volksstimme.

Dr. 10.

Magdeburg, Mittwoch den 13. Januar 1909.

20. Jahrgang.

Interessengegensätze in der Kali-Industrie.

Eine sozialpolitisch wichtige Frage beschäftigt zurzeit die Kaliindustrie und vornehmlich auch die an dieser Industrie hervorragend beteiligte preussische Regierung. In wenigen Monaten ist der Termin gekommen, bis zu welchem die Erneuerung der Syndikatsverhältnisse erledigt sein muß. Das Bestreben aller beteiligten Kreise, schreibt die „Frankfurter Zeitung“, drängt dahin, durch den neuen Syndikatsvertrag der Kali-Industrie diejenige Stabilität der Entwicklung zu gewährleisten, die sie bisher, sehr zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft, entbehrt hat. Der Kernpunkt aller Syndikatsverträge ist das zweifellos schon heute herrschende, und in verstärktem Maße noch in den nächsten Jahren zu erwartende Mißverhältnis zwischen dem vorhandenen Absatz und der Zahl und Leistungsfähigkeit der Kaliwerke, zwischen der Produktionsmöglichkeit und der Aufnahmefähigkeit des Marktes.

Fast als drei Viertel Milliarden Mark deutschen Kapitals sind in dieser Industrie, die schätzungsweise 25 000 bis 30 000 Arbeiter beschäftigt, investiert. Die Befundung der Industrie ist somit eine Frage von großer Bedeutung. Der nächstliegende Weg einer Regelung der Produktionsverhältnisse, die Syndikatsbildung, ist längst beschritten, lidenlos sind heute sämtliche in Förderung stehende Werke dem Verbande angeschlossen. Aber die Syndikatsbildung hat sich bei dieser Industrie bisher als nicht zulänglich erwiesen. Denn es war nicht möglich, die weitläufigen Lagerstätten der Kalisalze unter Disposition des Syndikats zu bringen. Der relativ hohe Verdienst, der besonders in früheren Jahren erzielt wurde, lockte zu immer neuer Zuangriffnahme von Feldern. Schacht neben Schacht wurde niedergeführt, wie Pilze wuchs Fabrik neben Fabrik, und heute noch läßt sich, nachdem durch verschiedene Regierungsmaßnahmen der Wettlauf um die Errichtung neuer Werke nur verlangsamt wurde, nicht absehen, wann die Zahl der neuen Produktionsstätten ihre, wenn auch nur vorläufige Grenze finden wird.

Zugleich entwickelt sich der Absatz nur sehr langsam, er hält auch nicht entfernt Schritt mit der Werkvermehrung. In dieser Situation, die den Werken ein jähdiges Sinken ihrer Rente bringt, macht sich in stark vermehrtem Maße das Bedürfnis nach Konzentration geltend. Ein Mittel, die unhaltbare Situation zu bessern, glaubt man nun darin gefunden zu haben, daß im neuen Syndikatsvertrag den Kalikonzerne, die sich bereits gebildet haben, ein weitgehendes Anrecht auf Quotenübertragung zugestanden werden soll. Vom Standpunkt der Industrie und des Syndikats ist es durchaus zu verstehen, daß das Bedürfnis nach jedem Hilfsmittel sich geltend macht, durch das sich Ersparnisse erzielen lassen. Mit der Bewegung des Betriebs von unrentablen Werken auf andre, mit der Vereinigung der Quoten mehrerer Werke auf eine Produktionsstätte (das ist der Sinn der angestrebten Quotenübertragung) würden sich zweifellos wesentliche Betriebsvereinfachungen und Vereinfachungen erzielen lassen. Aber mit einer uneingeschränkten Möglichkeit der Quotenübertragung würden bald Stilllegungen ganzer Werke erfolgen, würden sich bald sozialpolitische Folgeerscheinungen höchst unerfreulicher Natur ergeben. Es ist deshalb zu verstehen, daß, soweit man bis jetzt weiß, die preussische Regierung sich aus sozialpolitischen Gründen der freien Quotenübertragung gegenüber ablehnend verhält.

Diese Haltung der Regierung ist durchaus zu billigen und zu unterstützen. Und es ist erfreulich, daß, ganz anders als in der Kohlenindustrie, in der Kaliindustrie die Regierung das Heft in der Hand hat und die Möglichkeit besitzt, die Ausnahme jeder sozialpolitisch zu vertretenden Bestimmung in den neuen Syndikatsvertrag zu verhindern.

Es ist nun die Frage, was geschehen könne, um allen Anforderungen Rechnung zu tragen, denen, die die Industrie stellt, und denen, an welchen die Regierung festhalten muß. Die Bestrebungen gehen denn auch zurzeit dahin, einen gangbaren Mittelweg zu finden. In einer vor einiger Zeit bekanntgewordenen Denkschrift hat der Kaliindustrielle Emil Sauer, der Führer einer wichtigen Gruppe der Industrie, dem Handelsminister dargelegt, daß bei einer Regelung der Quotenübertragung folgende Punkte zu beachten wären:

Erstens soll die Quote nur zusammengelegt werden können unter solchen Werken, die ganz oder formaler Trennung wegen zu ^{100/100} in demselben Besitz sind, dann aber vorbehaltlos.

Zweitens darf das abgehende Werk, d. h. das zur eventuellen Stilllegung bestimmte, nicht länger als höchstens ein Jahr vor dem Quotenverkauf in Förderung sein.

Besonders diese Bestimmung ist auf Schonung der eingesehnen Arbeiterschaft zugeschnitten, sowie darauf, die um die Werke sonst anfänglich gewordenen Erwerbstände (Wirtel, Krämer usw.) nicht durch plötzliche Stilllegung oder Abwanderung großer Arbeitermassen zu ruinieren. Diesen Vorschlägen gegenüber, die schon den Charakter eines Kompromisses tragen, verlangen andre Machtaktoren in der Industrie noch weit ergehende Rechte auf Quotenübertragung.

In diesen Tagen finden nun wieder Verhandlungen wegen der Erneuerung des Syndikats und Abfassung des neuen Vertrags statt. Es ist dringend zu wünschen, daß die Industrie sich bei ihren Konzentrationswünschen zurückhalten aufzuerlege. Das Syndikat muß sich darüber im klaren sein, daß ein gewissermaßen unter Regierungsaufsicht stehender Verband nur so lange möglich ist, als neben dem Erwerbsinteresse die sozialen Rücksichten zu ihrem vollen Rechte kommen. Die Regierung aber wird jede Konzeption ablehnen müssen, durch welche die Lebensinteressen der Arbeiterschaft verletzt werden. Eine Quotenübertragung könnte nur dann eingeführt werden, wenn die Sicherheit einer anderweitigen dauernden Unterbringung der brotlos gewordenen Arbeiter gegeben ist und nur in dem Umfang, in welchem das Syndikat diese Sicherheit dauernd zu gewährleisten vermag.

Aus der Parteibewegung.

Im Befinden des Genossen Kaden ist, wie wir erfahren, bereits eine leichte Besserung eingetreten. Es handelt sich nicht um eine Herzlähmung, sondern um eine Herzaffektion. Gleichwohl wird sich Genosse Kaden längere Zeit von den Arbeiten des Reichstags fernhalten müssen.

Ein Prozeß wegen Offizier-Beleidigung. Wegen angeblicher Beleidigung der preussischen Offiziere und Unteroffiziere, verübt durch Abdruck des Artikels „Schinderhede“, in dem Kritik an Soldatennußhandlungen geübt wurde, stand Genosse Stelkin, Redakteur des „Mittler Volksboten“ vor der Strafkammer in Lübeck. Der Staatsanwalt beantragte 4 Monate Gefängnis; der Verteidiger Wolfgang Heine (Berlin) Freisprechung. Das Urteil wird nächsten Sonnabend veröffentlicht.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Der liberale Gemeindebevollmächtigte Ingenieur Henne ist von seinem Arbeitgeber, einem liberalen Maschinenfabrikanten, entlassen worden, weil er länger an den Sitzungen des Münchner Gemeindefollegiums teilgenommen hat als ihm der Arbeitgeber erlaubte.

Nachklänge vom Streik im Strehelwerk. Zwei Metallarbeitervereinigungen in Mannheim und Ludwigshafen bejahten sich mit dem Streik im Strehelwerk. Die von 2000 Personen besuchte Mannheimer Versammlung sprach dem Vorstandsbekanntem Schneider die Kündigung aus. Als Vertreter des Hauptvorstandes wohnten dieser Versammlung Vorkölzer und Massatsch bei. Die Versammlung in Ludwigshafen verlangte ein Schiedsgericht zur Klärung der Differenzen zwischen den Kollegen und der Streikleitung. Eine siebenköpfige Kommission soll sich über die Beweggründe des Vorstandes bei seiner Stellungnahme zu dem Streik im Strehelwerk informieren und dann einer späteren Versammlung Bericht erstatten. Den Vorteil von diesen Differenzen haben nur die Unternehmer und nochmals die Unternehmer. Das sollte man doch endlich einsehen.

„Radbod“ und die Steiger. Am Sonntag nachmittag fand in Essen eine außerordentliche Generalversammlung des Steigerverbandes statt, um zu den Neuerungen des Verbandsvorstandes Werner auf Bege Radbod Stellung zu nehmen. Werner hatte in rückhaltloser Ehrlichkeit die Vergewaltigung für die Mißstände auf Bege Radbod verantwortlich gemacht. Deshalb wurde lebhafteste Hege gegen den Mann entfalt, der die Wahrheit ausgesprochen. Die Generalversammlung erklärte sich mit den Ausführungen Werners insoweit einverstanden, als Werner nicht die ganze Vergewaltigung, sondern nur einzelne Organe gemeint habe. Im übrigen sprach die Versammlung dem Vorstand uneingeschränktes Vertrauen aus.

Der reitliche Lebius. Am Sonntag fand auch in Brandenburg a. H. eine Versammlung statt, in der Genosse Cohen über die Brakiten des berühmten Lebius sprach. Das Brandenburger Gewerkschaftsstellvertreter schied Herrn Lebius dazu eine Einladung und forderte ihn freie Redegabe zu. Als Antwort auf diese anständige Darbietung einer Gelegenheitsrede vertiefte sich Lebius zu folgender Schimpfepistel:

„Der Bund“
Organ für die gemeinsamen
Interessen der Arbeiter und
Arbeitgeber.
Fernspr. Ch. 3985.

Charlottenburg-Berlin,
den 8. Januar 1909.

Herrn Gustav Brachwitz, Gewerkschaftsstellvertreter

Brandenburg a. H.
Neußädler Markt 2.

Der Verlauf der sieben sozialdemokratischen Versammlungen in Berlin, denen u. a. sämtliche Berliner Zuhälter und öffentlichen Dirnen anwohnten, hat dem Vorstand des gelben Arbeiterbundes die Ueberzeugung beigebracht, daß die Sozialdemokratie bereits so tief gesunken ist, daß sie nicht mehr als eine parlamentarisch tagende und verhandelnde Partei betrachtet werden darf. Aus Reinlichkeitsgründen besuche ich die sozialdemokratischen Versammlungen nicht mehr.

Diefer Brief wurde mit ungeheurer Heiterkeit aufgenommen. Lebius und „reitlich“ wie reimt sich das zusammen?

Eine württembergische Bauarbeiterschnitz-Konferenz fand am letzten Sonntag in Stuttgart statt; sie war von 153 Delegierten aus 14 Orten besetzt, die sich auf insgesamt 14 Berufe verteilten. Das Ministerium des Innern, die Zentralstelle für Handel und Gewerbe und das städtische Bau-Kontrollamt hatten Vertreter dazu entsandt. Genosse Heintze (Hamburg) wies nach, daß Württemberg mit seinen erschreckenden Unzulässigkeiten im Baugewerbe an der Spitze aller deutschen Bundesstaaten marschiere und über 100 Prozent Schwerverletzte mehr aufweise als einige andre Bundesstaaten. Stelle (Stuttgart) richtete schwere Vorwürfe gegen die Baugewerkschaftsgenossenschaft, deren mangelhafte Schutzvorschriften an diesen Zuständen schuld seien. Fuß (Stuttgart) forderte in jenem Referat über die Bleimeißfrage ein völliges Verbot von Bleimeißarbeiten im Baugewerbe. Einstimmig wurde einer Petition an die Regierung zugestimmt, in der

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Wenn der Vorhang fällt.

Aus der Komödie des Lebens.

Roman von Jonas Lie.

(37. Fortsetzung.)

Der Doktor schob Arna sanft zurück.

„Dunkel wird es — alles dunkel!“ Sie schlang die Arme um seinen Hals. „O Jon — Jon!“

Wieder ward sie zur Seite geschoben mit einem: „Ist jetzt Zeit dazu?“

Arna stutzte und sah ihn an —

„Wenn ich wenigstens wüßte, daß Du glücklich gewesen bist, Jon!“ sagte sie schwer.

„Glücklich!“ murmelte der Doktor.

„Nicht einmal jetzt — mitten im Abgrund zwischen Himmel und Meer — nicht einmal da soll die Wahrheit zutage kommen!“ Klang es in ihm, während er hastig verschiedene Meißzeuge in einen Maidriemen schnallte.

„Nicht einmal mit den hohlen Augen des Todes vor sich — der See, die unsre kalten Skelette bespült! — Hier über den tausend Klafter tiefen Wassern! Gielte ich ein Verhör ab — richtete ich nur eine Frage an sie, die verriete, was ich an ihrer Seite all diese Jahre hindurch gedacht habe — ich würde einem Blide niederjammender Verachtung begegnen — ich würde die Liebe, die zu fühlen mein Leben ist, verlöschen sehen!“

„Ah — stöhnte er. „Kommt es nicht bald — das Meer? Ich sehne mich — ich sehne mich —“

„Ist hat beides — Vater und Mutter!“ Klang es wieder in seinen Ohren.

„Nimm Deinen Mantel, Arna — — — rasch!“ drängte er.

„Ich binde Ihsaf den Schal um.

Die paar Stücke Brot stecke ich in die Manteltasche und da sind ein paar Tropfen um Euch zu erwärmen!“

Sie verstand nicht — gehorchte aber mechanisch.

„Den auch!“ — — er nahm den Mantel des Jungen.

„Du kannst ihn ihm auch draußen ordentlich anziehen! So beeile Dich doch!“

Ist das Ei, Ihsaf — rasch — rasch!

Du binde den langen Wollgürtel um Dich und um ihn. — Du wirst ihn so besser halten können!

Ich nehme den Jungen, bis Ihr ins Boot müßt!“

Er fasste seine Frau mit der andern Hand und wollte aus der Kajüte eilen.

„Was Boot? Wir? Ihsaf und ich?“ stieß Arna hervor.

„Schwase jetzt nicht — komm nur fort! Es ist keine Zeit zu verlieren! Du, was ich Dir sage!“

Sie zog ihn zurück.

„Nein — — Ihsaf und ich bleiben hier — bei Dir!“

sagte sie fest.

Der Doktor war mit dem Kinde schon an der Tür. —

„Unter Umständen, wie diesen, hast Du keine Wahl!“

erwiderte er.

„Was sagst Du da? Was meinst Du?“ rief Arna erschreckt.

Sie zog ihn zurück.

„So lange hast Du Dich nur um Dich und das Deine gekümmert — jetzt müßt Du an mich und an Ihsaf denken!“

rief sie leidenschaftlich. „Einmal muß es klar zwischen uns werden! Nun ist es endlich an der Zeit!“

Höre also, Jon, daß das für mich nur eine andre Art des Sterbens wäre!“ Ihre Stimme zitterte und ihre Augen glühten.

„Du bist jung und hast genug, wofür Du leben kannst.“

unterbrach der Doktor sie kurz. „Ihsaf ist ein kräftiger, frischer Junge. Und — Arna — Folkmar!“ — fügte er durch die zusammengehissenen Lippen hinzu. „Du weißt, er wird Euch nie verlassen. Auf ihn kannst Du bauen!“

„Ah — mein Gott — Jon — Mein Gott! was sind mir Folkmar und alle Freunde jetzt!“

Sie rang trotzig die Hände.

„Wir drei — Du und ich und Ihsaf — wir gehören ja doch zusammen!“

Nicht wahr, Ihsaf? Nicht wahr?“ weinte sie. „Du willst bei Deinem Vater und bei mir bleiben? Du willst nicht in Spiel und Fröhlichkeit von guten Freunden aufgezogen werden. — Du willst Deines Vaters Junge sein!“

Frag ihn, Ihsaf, warum wir ihm nichts mehr sind? Du und ich? — Es ist, als ob wir uns vor ihm fürchten

müßten. Er sieht uns an, daß uns bange vor ihm wird — so voll Finsternis ist sein Ihsaf!

Ah — wenn er wüßte, wie ein einziger Sonnenstrahl von meinem früheren Jon mich mit Jubel füllen kann!

War dieser Ehrgeiz wirklich unser Glück wert, Jon? Sag!“

und sie wandte sich verzweifelt zu ihm.

„Laß mich in den paar Minuten, die wir noch haben, bei Dir sein — mich an Dich klammern — Dich fühlen wie in den alten Tagen!“ hat sie.

„Jetzt — da der Ruf zu einer andern Reise an uns ergangen ist! Vielleicht — ach vielleicht ist es so an besten!“

Es war, als ob die Härte in des Doktors Antlitz auftaute und einem seltsam schönen Ausdruck Raum gäbe. —

„So habe ich Dich endlich!“ sagte er leise. „Und ich konnte an Dir zweifeln?“

„Zweifeln? Zweifeln — an mir, Jon? — — Zweifeln an was?“

„Komm zu mir, Du Hermsie, Verkannte!“ flüsterte der Doktor.

„Mein Sohn — unser Sohn —“

„Wenn wir jetzt sterben, Arna, so wird die Kette nicht reißen!“

Der Nebel war merklich lichter geworden — der Horizont hatte sich erweitert.

Man sah die Boote hinausrudern — vollgepackt mit Weibern und Kindern, die jammerten und weinten und winnten.

Mitten im großen Boote, das eben abließ, sah Wangenstein, der irgendwie dahin gekommen war.

Energisch und bestimmt, übernahm er wie selbstverständlich die Führung, wies die Plätze an und arrangierte.

Sofort galt er als eine kräftige Stütze der Ordnung inmitten der Verwirrung — geradezu wie vom Himmel herabgefallen.

„Gegenseitige Hilfe — ist Rettung! Uneinigkeit und Zersplitterung — führen zum Untergang!“ donnerte er durch den Lärm.

Ein paar Boote lagen schon weit draußen und schaukelten zwischen den Rudern.

(Fortsetzung folgt.)

in der Vorstandssitzung vom 15. Mai 1908, Schmidt habe wiederholt Weisbrodt veruntreut und eine Frau unfittlich angefaßt, worauf Schmidt in beleidigender Weise antwortete. Später hat Schnelle sich dahin ergänzt, Schmidt habe die Frau nur durch Nebenarten belästigt. Das Schöffengericht beurteilte am 5. November Schnelle wegen Beleidigung zu 10 Mark Geldstrafe ebenfalls 2 Tagen Gefängnis. Schmidt wurde ebenfalls der Beleidigung schuldig befunden, aber für straffrei erklärt. Zwischenhat Schnelle seine Stellung im Konsumverein wieder aufgeben müssen, nachdem er 31 Jahre lang dort beschäftigt gewesen ist. Die von ihm eingelegte Berufung hatte den Erfolg, daß Schmidt ebenfalls wegen Beleidigung zu 5 Mark Geldstrafe eb. 1 Tag Gefängnis verurteilt wurde. Die Kosten des Verfahrens treffen zu zwei Dritteln Schnelle, zu einem Drittel Schmidt.

Militär - Justiz.

Die militärische Unterhose vor Gericht. Mit einem äußerst erbaulichen Prozeß beschäftigte sich das Schöffengericht in Halle a. S. Unter Anklage stand die bisher unbescholtene Hütchenfrau Luise W. in Wasser, die beschuldigt wurde, eine zerklüftene weißleinen Unterhose fünfter Garnitur dem Magdeburgischen Küstler-Regiment Nr. 36 entwendet zu haben. Die unglückliche Frau war auf folgende Weise in den „furchtbaren Verdacht“ gekommen: Eine junge Dame, Hausnachbarin der Angeklagten, hatte das ominöse Beinleid auf der Trodenleine hängen sehen, und da der Regimentsstempel in dem Verkleidungsbild war, dieses dem Regiment zugehört. Das Regiment reklamierte das „Wertstück fünfter Garnitur“ als sein Eigentum, stellte Ermittlungen an und übergab die Sache zur weiteren Verfolgung dem Amtsgericht. Zu der Verhandlung waren nicht weniger als sieben Zeugen und ein Verteidiger der Angeklagten erschienen und das weißleinen Beinleid lag als Korpusdelikt auf dem Tisch des Hauses. Sechs von den geladenen Zeugen traten ebenso ernst wie feierlich vor den Richter, schworen bei Gott dem Allmächtigen usw. und äußerten sich dann über die weißleinen Unterhose, die von dem Amtsrichter wean nötig aufgerollt und Damen wie Herren als Beweisstück vorgezeigt wurde. Für den gut gläubigen Christen, dem gelehrt wird, den Namen Gottes nicht unnützlich im Munde zu führen, eine peinliche Sache. — Was ergab aber nun die Vernehmung über die „Entwendung“ des militärischen Unterbeinleids? Das Regiment verkauft ausrangierte Kleidungsstücke an einen Mithändler in Magdeburg, und der Mithändler liefert alte Militärunterhosen usw. als Kupplappen an das hiesige elektrische Depot. Der Sohn der Angeklagten erhält die alte Hose, die zum Ueberziehen bei schmutzigen Kanalarbeiten benutzt wurde, nimmt sie mit nach Hause und läßt sie von seiner Mutter reinigen. Da entdeckt sie die „gute“ Nachbarin, deren Mutter nur das Regiment wäscht und schleppt sie dem Regiment wieder ein. — War es denn wirklich notwendig, wegen eines solchen Kupplappens, Parodon, Militärunterhose, militärische sowie zivilgerichtliche Ermittlungen anzustellen und jedes Eide leisten zu lassen. Konnte man die Anklage nicht im Keime ersticken? Selbstverständlich wurde die Angeklagte, die auf ehrliche Weise in den Besitz des militärischen Unterbeinleids gelangt war, freigesprochen und die Kosten, auch die des Verteidigers, wurden der

Staatskasse zur Last gelegt. — So brach die vielleicht mit viel Fleiß aufgebaute Unterbeinleidklage zusammen.

Kleine Chronik.

Die Folgen des Raubbaus beim Zwickauer Kohlenbergbau
 machen sich fortgesetzt an der Erdoberfläche sehr bedenklich bemerkbar. In der Gemeinde Döbrowa bei Zwickau mußte schon seit Jahren ein Gebäude nach dem andern wegen der Senkungsschäden abgebrochen werden, und es waren sehr ansehnliche Gebäude darunter. Vor kurzem versiel auch die schöne Villa eines Grubenmagnaten diesem Schicksal und jetzt müssen schon wieder zwei Anwesen niedergelegt werden, wenn sie den Bewohnern nicht über dem Kopfe zusammenstürzen sollen. Es ist dies ein größeres Gut und ein Gasthof. Letzteres Gebäude liegt oben am Giebel bereits weit auseinander. Im nahen Schönbühel zeigen sich dieselben Merkmale. Auch dort müssen Wohnhäuser in Kürze geräumt und niedergelegt werden. Das sind die Folgen des Raubbaus der achtziger Jahre, der dem Grubenkapital Nießenprofite brachte, aber die Gemeinden im Kohlengebiete dem Untergang entgegenführt.

Die Ehefrau erdroffelt.

In Bensheim in Bayrisch-Schwaben hat der dem Trunk ergebene Kleinbauer Dommel auf dem Heuboden seine 26 jährige Frau, die sich in andern Umständen befindet, erdroffelt. Der Bauer hatte sich vor 7 Monaten zum zweiten Male verheiratet und seine Frau schon oft in der grausamsten Weise mißhandelt. Sein 7 jähriger Sohn aus erster Ehe hat seinen die Bluttat leugnenden, aber bereits verhafteten Vater selbst als den Mörder bezeichnet.

Ein Mord auf der Landstraße.

Am Montag zwischen 6 und 7 Uhr abends wurde der Glasarbeiter Fiebertorn aus Friedrichshagen bei der Glasblüte Baruth von seinem Jugendfreund, dem 20 Jahre alten Arbeiter König, auf dem Heimweg auf der Chauffee überfallen und mit einem Messer tödlich verwundet. Den Wochenlohn von 17 Mark hat sich der Mörder angeeignet. Den Kampf hörte der auf einem Pflanzgange befindliche Revierförster in Vordorf. Er ging dem Täter nach, und nun wurde der Mörder flüchtig. Fiebertorn ist infolge der schweren Verletzungen gestorben. König wurde im Laufe des Abends auf dem Kladower Bahnhof verhaftet und von dem Gendarmen in das Amtsgerichts-Gefängnis in Baruth eingeliefert.

Todessturz beim Robeln.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Robelbahn zu Baden-Baden. Professor Sachs vom Gynastium in Baden-Baden saß mit seiner Frau, seiner Tochter und seinem Sohn auf einem Schlitten, der in schneller Fahrt die Bahn hinabsaßte. Fast am Ende stieß der Schlitten gegen einen Vorsteiner. Professor Sachs wurde mit großer Wucht vom Schlitten geschleudert und fielen bald darauf in seiner Wohnung. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß ihm durch den Anprall auf den Stein der Brustkorb fast vollständig eingedrückt war.

Liebestragödie.

Mit durchschossenen Schläfen wurden in Jena der 19 jährige Bildhauer Gwöckler und das 17 jährige Dienstmädchen Lenzer in Pause der Dienstherrschaft des Mädchens, in der Frauengasse, aufgefunden. Beide wurden noch lebend in das Krankenhaus gebracht.

Stierzehn Personen gerettet.
 Die Rettungsstation Helgoland der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger gibt bekannt: Am 11. Januar wurden von dem hier auf den Nordostklippen gestrandeten englischen Dampfer „Glendale“, mit Kohlen von Boneß nach Hamburg bestimmt, stierzehn Personen durch das Rettungsboot „Glaus Drever“ der Station gerettet.

Drei Arbeiter erstickt.

Aus Larchhammer wird berichtet: Im benachbarten Namborf wurden drei Arbeiter in ihren Betten erstickt aufgefunden. Sie hatten am Abend zuvor in einem Ofen Feuer angelegt und Briefe unter diesem aufgestapelt, die in Brand gerieten und giftige Gase entwickelten.

Die Erdbeben-Katastrophe.

Die Erdstöße nehmen, wie aus Reggio gemeldet wird, an Zahl und Stärke ab. Die Erdbebenzone endet südlich von Lazzaro. Zwischen Reggio und Lazzaro hat tatsächlich auch das Meer am Berstörungswert teilgenommen. Es ist längs der ganzen Küste mit einer bereits wieder zurückgegangenen Welle bis zu 300 Metern ins Flachland gedrungen, hat Häuser zerstört, Bäume entwurzelt und eine Wüstenei zurückgelassen. Ueber die ganze Zone ging heute ein Gewitter und Hagelsturm nieder.

In Reggio ist eine große Menge Material zum Bau von Baracken ausgeladen worden. Trotz des herrschenden Unwetters wurde die Errichtung von Schutzhütten fortgesetzt. Von heute ab sollen aus Feldfrüchten Lebensmittel unentgeltlich oder doch sehr wohlfeil an die notleidende Bevölkerung verabfolgt werden.

In der Nähe von Olivadi bei Spilinga im Erdbebengebiet hat sich ein tiefer Schlund gebildet, aus dem Rauchwolken emporsteigen.

W. Rom, 11. Januar. Das Zentralkomitee hat beschlossen, die Flüchtlinge aus Kalabrien und Sizilien so bald als möglich in die Heimat zurückzubefördern. Das Komitee wies ferner 500 000 Lire an, um den geprügelten Arbeitern die Wiedererlangung von Stellungen zu erleichtern, ferner eine Million zur Errichtung von Baracken in den beschädigten Ortschaften und 200 000 Lire als Beihilfe für die Waisen.

W. Messina, 12. Januar. Die Ueberlebenden der Erdbebenkatastrophe sind bemüht, den Handel wieder aufleben zu lassen. Gestern sind von den Kais die Trümmer fortgeschafft worden; Wagen und Mietkutschen verkehren wieder. Das Haus Cesaniello Sorrentino besforderte auf dem Wasserwege 80 000 Ähren Zitronen. Andre Handeltreibende verfahren ebenso mit verschiedenen Waren. Man wünscht vor allem, daß der Hafen von Messina wiederhergestellt wird, wie er vor dem Erdbeben gewesen ist.

Warme Füße

Leder-Schaffstiefel mit starkem Filzfutter, mit Holzsohlen oder auch mit extra starken Lederböden
 Leder-Schnallenstiefel mit bestem Filzfutter, mit Holzsohlen oder auch mit extra starken Lederböden
 Filz-Schnallenstiefel für Herren und Damen, mit und ohne Lederbesatz sowie mit und auch ohne Absatz
 Filzschuhe und -pantoffel bestes sächsisches Fabrikat, in verschiedener Ausführung u. Preislagen
zu billigsten, aber streng festen Preisen
 empfiehlt und versendet 3165

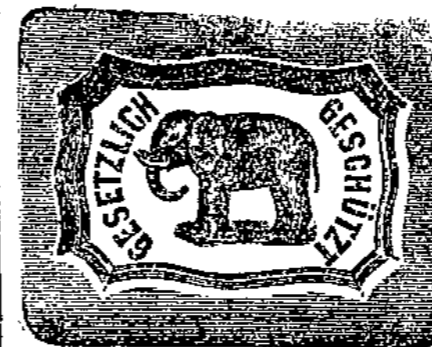
Wilhelm Coors Magdeb. - Sudenburg Halberstädter Str. 116.

Möbel-Ausverkauf!

Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufe zu nie gebotenen billigen Preisen: Niederdränke 35 Mk., Verticos 35 Mk., Sesseltisch 10 Mk., Bettstellen mit Matrasen 18 Mk., Waschtiseltischen mit Marmor-Platten 25 Mk., Trumeau mit geschliffenem Glas 35 Mk., Küchenschrank mit langen Scheiben 25 Mk., gute Anrichte 21 Mk., 3210
Sofas zu billigen Preisen.
 Einige elegante eichene Wohnzimmer 450 Mk., kompl. Salons 400 Mk., Herrenzimmer in eichen und nußbaum, hochmod., helle Schlafzimmer 200 Mk., farb. kompl. Küchen 90 Mk.,
Berliner Strasse 8, I Tr.

Amerparzellen

(gut gedüngt), an der Helmholtzstraße gelegen, sind abzugeben
Fichtestraße 41, I.



Sparame Hausfrauen verwenden mit Vorliebe
Elfenbein-Seife
 Marke „Elefant“ von **Günther & Haussner**
 Chemnitz-Kappel.
 In fast allen Materialw., Drogen- und Griffen-Geschäften zu haben.

Kartoffeln.

Zuckerkartoffeln . . . 10 Pfd. 40 Pf.
 Magnum bonum . . . 10 Pfd. 28 Pf.
 Netzkartoffeln . . . 10 Pfd. 25 Pf.
E. Ruschke, Alte Neustadt
 Schützenstraße 12. 1374

Gelangere Vereinen

empfehlen wir zu ihren Festlichkeiten unsere Druckerei zur Anfertigung aller Drucksachen. Programme von den einfachsten bis zu den feinsten, sowie Eintritts-Karten werden sauber und prompt geliefert.

W. Pfannkuch & Co.
 Große Münzstr. 3 - Fernsprecher 961

Herren-, Damen-, Kinder-Schirme gut und billig nur Goldschmiedebücke 3/4 Schmirnstr. 3195

Heute 3147 **Burg Frische Wurst!**
B. Chowansky.

Jeden Mittwoch 3154 **frische Wurst!**
A. Weber Nachf.
 R. Dedlow, Schöneb. Str. 9.
 Vogelschütter! Feinstes Hühnerfleisch, 22 Pf. Glanz Pfd. nur 15 Pf. bei E. Schubert, Drog., Sudenb.

Den letzten Rest der noch vorhandenen
Damen- u. Kinder-Hüte
 verkaufe ich jetzt **erstaunlich billig** um damit vollständig zu räumen.
Selma Typky
 Schmidtstrasse 47. 3149

A. Typky
 Magdeburg-Neustadt, Schmidtstraße 40a.
Möbel, Spiegel u. Polstertwaren
 in größter Auswahl, reell und preiswert, zu den kulantesten Bedingungen. — Auch auf Teilzahlung.
Grosses Lager fertiger Särge
 in allen Größen. 3150

Arbeiter-Sekretariat Magdeburg
 Fernspr. 2841. **Große Mühlstraße 3.** Fernspr. 2841.
 Unentgeltliche Auskunft an alle Personen in der Zeit von 11 bis 1 Uhr und 5 bis 7 Uhr. Außer der Auskunftszeit und am Sonnabend nachmittags und Sonntags ist das Sekretariat für Auskunft-machende geschlossen.

J. Koch
 Magdeburg-Buckau, Grusonstraße 11
 empfiehlt sich zur Anfertigung von Briefen, Gesuchen, Eingaben, Klagen, Steuer-Deklarationen etc. 1328

Großes vorzügliches **Landbrot**
 zu haben Tischlerkrugstraße 3.
 Zwicker auf dauernde Beschäftigung. Th. Schade, Schulstraß, S. Brannschweig. Str. 29.

Ein Bäckerlehrling
 zu sofortigem Eintritt oder zu Ostern unter günstigen Bedingungen gesucht
Bäckerei von Willi Blume,
 M.-Budau, Dorotheenstr. 6.
Bäckerlehrling sof. od. Ostern unter günst. Bed. gesucht
C. F. Klee, Sudenburger Str. 15
 Gr. Wohnung, best. a. 2 Stub., Kam., u. n. Zubeh., zu verm. **W. Matthies,**
 Gr. Ottersleben, Mühlgr. 43.

Kl. Schulstraße 4 helle Werkstatt
 zu vermieten.
Leih-Haus
 Adolph Michaelis
 Apfelstraße 16, I.
 (Gegr. 1881) 3134
Höchst-Beleihung
 jeder Wertsache.
 Strengste Verschwiegenheit.

In nächster Zeit
 verlege mein Detail-Geschäft nach **Kronprinzenstr. 7** und veranstalte ich wegen des bevorstehenden Umzuges
Räumungs-Ausverkauf
 meines unerreicht grossen Lagers in
 Anzugstoffen aller erdenklichen Arten für Herren u. Knaben, Paletot- u. Beinkleiderstoffen, weissen u. bunten Pikee-Westenstoffen, Konfirmanten-Anzugstoffen, Damentuchen in allen Farben, Damen-Kostümstoffen usw. usw. 3241
Nur bekannt beste Qualitäten zu unerreicht billigen Preisen.

Hermann Ohlrogge
 Tuchversandhaus Norddeutschland
23 Himmelreichstr. 23.

Gegen die Besteuerung des Tabaks.

Dreihundert Reichstags-Nichtstuer waren am Montag in Richards Festsaal versammelt, um gegen die Ebdow'schen Tabaksteuerpläne Protest einzulegen. Zigarrenhändler Will aus Hamburg unterzog das Steuerprojekt einer eingehenden, sachkundigen Kritik vom Standpunkte der Fabrikanten und Händler aus. Am schwersten aber würden die Arbeiter betroffen werden. Mit 10 000 Arbeitern, die durch die Steuer arbeitslos werden, rechnet die Regierung; mit 20 000 die Sachverständigen der Industrie. Dazu kommen die Nebengewerbe und die vernichteten Existenzen der Händler und Fabrikanten. Früher konnten sich die Fabrikanten helfen, indem sie die Produktion in die Dörfer verlegten, das sei nun auch vorbei, und so werden Lohnfälligkeiten die notwendige Folge sein. Die Gefahr sei noch lange nicht vorbei und auf keine der bürgerlichen Parteien sei Verlaß. Die Beschäftigten in der Tabakindustrie müßten also auf der Hut sein.

Dann sprach „unser Reichstagsabgeordneter“ Kabeitz. Sofort als die Steuerentwürfe des Herrn Ebdow angekündigt wurden, habe er sich gegen die Besteuerung des Tabaks und des Sektens ausgesprochen, weil sie eine Belastung der kleinen Händler und Gewerbetreibenden darstellen. Diese Meinung habe er nicht geändert und er werde gegen jede Art der Besteuerung des Tabaks stimmen. Allerdings habe die Tabaksteuer viele Freunde. Aber nur deshalb, weil diese Leute die Wirkung der Steuer nicht abschätzen können. Die Besteuerung sei unerträglich und unerhört angesichts der gestiegenen Lebensmittelpreise, der Mieten und anderer Lebensbedürfnisse. Das Reich brauche Steuern und sie müssen gefunden werden. Er werde für die Besteuerung der leistungsfähigen Schulkern, für direkte Steuern eintreten.

An der weiteren Debatte beteiligten sich noch Klees senior, Wilhelm und Karl Klees und ein anderer Redner. Die Genossen Klees wiesen auf den Zusammenhang dieser Steuer mit der Reichspolitik hin. Die Finanzmisere sei verschuldet durch die Militär- und Marine-Ausgaben. Gegen die Schindlätze, die Staat, Industrie und Volk ausbeuten, sei diese Regierung ohnmächtig, den Arbeitern und dem Mittelstand zeige sie die Faust.

Den größten Erfolg hatte ein Abwesender, der königlich preussische Landtagsabgeordnete Wolsch in Halberstadt. Die Verlesung seiner Rede über die „Nichtsteuer und Fäulnisse“ wurde mit ungeheurer ironischer Heiterkeit aufgenommen. Und nicht mit Unrecht meinte der Redner, daß mehr Zeit, als alle Halberstädter Zigarrenhändler zusammen der Herr Landgerichts-Direktor haben müßte, sonst hätte er seine „sozialpolitischen“ Studien wohl unterlassen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heute in Richards Festsaal versammelten Interessenten der Tabakbranche sprechen sich einmütig gegen jede neue steuerliche Belastung des Tabaks aus. Nicht nur die Annahme der einem hohen Reichstag vorliegenden „Tabakverbrauchssteuerentwürfe“, sondern auch jede andre Neubelastung des Tabaks würde schwere soziale Schäden für alle Interessenten im Gefolge haben. Die Versammlung erwartet daher, daß ein hoher Reichstag jeder neuen Steuer auf Tabak und Tabakfabrikate seine Zustimmung unbedingte versagen wird.

Mit einer Mahnung zur Einigkeit wurde die Versammlung geschlossen.

Ein reichhaltiges, gediegenes Programm liegt für den Volkslieder-Abend am 14. Januar vor. Frau Margarete Balkotte wird sinnige Gedichte aus des „Knaben Wunderhorn“, jener Sammlung alter deutscher Volkslieder, die dem Volke erst zeigte, welchen reichen Schatz es besaß, rezitieren und durch Gesang zu Gehör bringen. Volkslieder zur Laute wird Herr Schmidt-Kaiser vortragen und für Abwechslung werden Herr Richard Kurfisch am Klavier und Frau Amalie Firnbau durch Violinvorträge sorgen. So ist alles vorhanden, um den Gästen einen reinen künstlerischen Genuß zu bieten. Und die Parole wird für den Donnerstag lauten: In den „Luiseipark“ zum Volksliederabend.

Zur Wasserbereitungsfrage. In der „Genthiner Zeitung“ finden wir folgende Zeilen: Luchheim, 11. Januar. Das Pumpwerk der Magdeburger Wasserzation im Fienner Bruch ist seit vielen Wochen nunmehr im Betrieb und fördert die gewünschte Quantität Wasser ohne Ausfall täglich an die Oberfläche. Die nachteiligen Folgen dreier unaufrührlichen Wasserentnahme sind aber für unsern Ort wie in Dregel nicht ausgeblieben. Die Messungen sollen allerdings kein Sinken, oder wenigstens kein besonderes Sinken des Wasserspiegels in den Bohrlochern ergeben haben, dabei versiegt aber ein großer Teil der Brunnen in beiden Ortschaften. Nicht nur, daß die Wassermenge in einem Brunnen, der so lange 1,30 Meter Wasserstand hatte, auf 0,25 herabsank, sondern auf verschiedenen Gehöften ist überhaupt kein Wasser mehr vorhanden, so daß die Besitzer den Bedarf für sich und das Vieh von Nachbarn entnehmen müssen. Dieser Wassermangel ist nicht etwa auf die regenarme Zeit zurückzuführen, auch sind in der letzten Zeit genügend Niederschläge erfolgt, um den Brunnen den nötigen Zufluß zu geben, ebenso ist in früheren trockenen Jahreszeiten ein derartiger Wasserausfall nie eingetreten, sondern diese Wassermangel ist einzig und allein die Folge der unausgesetzten Wasserabnahme durch das Pumpwerk. Es ist deshalb von den Ortsvorstehern bereits bekanntgemacht, daß alle durch den Wassermangel Geschädigten sich melden und ihre Ansprüche geltend machen sollen, und es ist dringend nötig, daß jeder zur rechten Zeit und am rechten Orte seinen Schaden nachweist. Wenn schon nach so wenigen Wochen des Versuchsbetriebs derartige Kalamitäten eintreten, was sollte dann erst werden, wenn die Wasserzation später wirklich im vollen Umfang errichtet würde und das ganze Wasser der Umgebung aufsaugte? — Bei dem Widerstand, in dem sich diese Behauptungen zu dem Ergebnis der offiziellen Messungen befinden, kann man nur zu der Annahme gelangen, daß die Ursache der angeblichen Wassermangel in Dregel und Luchheim zu Unrecht in den Pumpversuchen gesucht wird; vielmehr dürfte doch wohl der Mangel an Niederschlägen die Ursache bilden.

Die für Mittelschulen geprüften Lehrer haben an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung eine Eingabe gerichtet, in der sie bitten, bei der Reorganisation der Magdeburger Lehrergesellschaft die Funktionszulage der Mittelschullehrer dergestalt zu erhöhen, daß eine Gleichstellung mit den Mittelschullehrern an den sogenannten höheren Schulen oder aber mit denen an den höheren Mädchenschulen Magdeburgs erreicht wird.

Vom Kaufmannsgericht. Im Monat Dezember 1908 wurden überhaupt Klagen erhoben 19. Erledigt wurden 30. Einen Streitwert bis 20 Mark hatten 5 Klagen, über 20 bis 50 Mark 3, über 50 bis 100 Mark 3, über 100 bis 300 Mark 13, über 300 Mark 6 Klagen. Erledigt wurden durch Vergleich 13, durch andere Endurteile 11, durch Vergleich 8, durch Zurücknahme 2, auf andre Art 5 Klagen. Die Zahl der Beweismittel betrug 2.

Von der Feuerweh. Am Dienstag vormittag 10 1/2 Uhr entfiel im Hause Kroatengasse 20 wahrscheinlich durch ein weggeworfenes Streichholz ein Kellerbrand, der durch ein Kommando der Feuerweh schnell gelöscht werden konnte.

Die „armen“ Schlingelbrüder! Die Ueberlassung des jetzt neu hergerichteten Fest- und Spielplatzes auf dem Roten Horn an die Magdeburger Schlingelbrüder zur Abhaltung des Schlingelbrüderfestes ist schon häufig Gegenstand lebhafter Debatten im Stadtverordneten-Kollegium gewesen. Stets wurde die von der Schlingelbrüder-Gesellschaft mit Recht als viel zu niedrig bezeichnet. Noch vor 10 Jahren bezahlten die Schlingelbrüder die städtische Standgelde während des Schlingelbrüderfestes einziehen, nur 500 Mark Pacht, eine Summe, die annähernd als Standgeld von einer einzigen großen Trinkbude eingenommen wurde. Da die Stadt nicht das geringste Interesse hat, irgendeiner Korporation unbediente Zuwendungen zu machen, wurde fortgesetzt versucht — und mit Erfolg — die Pachtsumme zu erhöhen. Zuletzt wurde eine Vorlage des Magistrats vom 16. Oktober v. J., worin die Ueberlassung des Fest- und Spielplatzes auf dem Roten Horn an die Magdeburger Schlingelbrüder zur Abhaltung des Schlingelbrüderfestes während der Zeit vom 25. Juli bis 2. August 1909 gegen Zahlung eines Pachtzinses von 2000 Mark empfohlen wurde, auf Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 5. November v. J. zurückgegeben mit dem Ersuchen, eine nochmalige Beschlußfassung der Garten-Deputation unter Ausschluß von Mitgliedern der Schlingelbrüder-Gesellschaft herbeizuführen. Der Magistrat ist nun mit der Schlingelbrüder-Gesellschaft nochmals in Verhandlung getreten, um eventuell günstigere Bedingungen für die Stadt zu erwirken. Bei diesen Verhandlungen hat die Schlingelbrüder-Gesellschaft Anerbieten gemacht, falls eine jährliche Pachtzeit festgesetzt würde, den Pachtzins von 2000 Mark auf 2500 Mark jährlich zu erhöhen. Die Garten-Deputation hat in ihrer Sitzung vom 30. Dezember v. J. dem Abschluß eines jährlichen Vertrags bei Festsetzung des Pachtzinses auf 2500 Mark jährlich zugestimmt. Die der Schlingelbrüder-Gesellschaft angehörigen Mitglieder der Garten-Deputation haben diesmal — was sich eigentlich von selber versteht — der Verabreichung nicht beigewohnt. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, diesem Beschluß beizutreten.

Errichtung eines Schauamts für Zuchttiere. Durch die Ueberleitung der Vororte wird die Stadt Magdeburg zu Einrichtungen gedrängt, an die früher niemand gedacht hat. Eine solche Einrichtung ist das Schauamt für die Prüfung der Zuchttiere. Nach der Polizei-Verordnung vom 31. August 1903, bedarf derjenige, der einen Stier zum Bedecken fremder Kühe verwenden will, dazu der Erlaubnis des Schauamts. Diese Erlaubnis des Schauamts ist auch erforderlich für jeden Stier, der mehreren Besitzern gemeinsam, einer Gemeinde, einem Verband oder einer Genossenschaft gehört, falls derselbe zum Bedecken eigener oder fremder Kühe verwendet werden soll. Ein solches Schauamt, dem die Prüfung der Zuchttiere obliegt, ist in Magdeburg zurzeit nicht vorhanden, weil ein Bedürfnis dazu nicht vorliegt. Mit dem Hintertreten von Kothsen scheint sich ein Bedürfnis zur Bildung eines derartigen Amtes herauszustellen, wie denn auch schon ein Antrag von einem Landwirt eingegangen ist. Das von der Stadtverordneten-Versammlung zu wählende Schauamt legt sich zusammen aus drei Mitgliedern und ebenso vielen Stellvertretern. Die Stadtverordneten-Versammlung wird ersucht, die erforderlichen Wahlen vorzunehmen.

Wasserrohrbrüche und Feuerweh. In letzter Zeit sind wieder häufig bei Bruch von Hauswasserleitungen Feuerwehler gezogen worden, um die Hilfe der Feuerweh zur Abstellung der durch solche Leitungsbrüche verursachten Unannehmlichkeiten in Anspruch zu nehmen. Es kann nicht dringend genug vor der Benutzung der Feuerwehler aus solchen Anlässen gewarnt werden. Die Feuerwehler sind, wie auch aus der Aufsicht ersichtlich ist, nur zur Abgabe von Feuermeldungen da und dürfen nur noch benutzt werden, wenn sich Menschen in Lebensgefahr befinden. Jede Benutzung zu anderen Zwecken ist strafbar. Zur Abstellung eines Rohrbruchs ist ein Mann nötig, während durch das Ziehen eines Melders ein ganzer Zug der Feuerweh mit 30 Mann in Anspruch genommen wird, der vielleicht im nächsten Augenblick an ganz anderer Stelle notwendig sein kann, wo es heißt, Menschen zu retten oder ein Schadenfeuer zu bekämpfen. Die Feuerweh hilft gern überall, soweit ihr das möglich, also auch in Fällen von Hauswasserleitungsbrüchen. Ihre Benachrichtigung kann telephonisch Tag und Nacht erfolgen, desgleichen durch mündliche Meldung in den Polizeiwachen und in den Feuerwehstationen. Die Benachrichtigung durch die Feuerweh ist in der Rüstmannstraße telephonisch zu jeder Zeit erreichbar, wenn es auch den dortigen Beamten nicht immer möglich sein wird, namentlich nach entfernten Stadtteilen, so schnell zu gelangen wie die Feuerweh. Jeder durch einen Leitungsbruch Geschädigte kann sich die Hilfe, die der Feuerwehmann oder der Angehörige des Wasserwerks ihm bringt, selbst dadurch leisten, daß er den unmittelbar neben dem ihm im Keller aufgestellten Wassermeßer befindlichen Abstellhahn schließt. Zum Schluß wird noch darauf hingewiesen, daß außer bei Bränden die Hilfeleistungen durch die Feuerweh zu bezahlen sind, und daß die zu entrichtende Entschädigung sich nach der Zahl des in Anspruch genommenen Personals und der Menge des Materials richtet.

Die Lichtbilder-vorträge Reinhold Gerlings erregten im vergangenen Winter derartiges Interesse, daß sie mehrfach wiederholt werden mußten. Gerling wird am Donnerstag und Freitag zwei Lichtbilder-vorträge über eine neue Methode der Schönheitspflege und über das Sexualleben veranstalten.

Töblicher Unfall. Am Montag nachmittag wurde am Zudenburger Bahnhof von einem durch das Tor einjahrenden beladenen Strohwagen ein Torwegpfeiler umgefahren. Der 6-jährige Sohn des Bahnhofsleiters Büchhoff, der zufällig in der Nähe war, wurde von dem umstürzenden Pfeiler so unglücklich getroffen, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Töblich geworden. Gestern vormittag wurde der geisteskranke Emil Sch., als er von einem Krankenwärter nach der Armen- und Arbeitsanstalt gebracht werden sollte, in der Rüstmannstraße plötzlich töblich und schlug eine Schanzenkassette ein, wodurch er sich am Arm erheblich verletzte. Unter großer Anstrengung eines Schuttmanns und mehrerer Zivilpersonen wurde er nach der bestenfallsigen Anstalt gebracht, von wo er aber mittels Krankenwagens in die altstädtische Krankenanstalt geschafft wurde.

Ein Lebensmüder. Zu dem gestern mitgeteilten Selbstmord des Privatmanns Jüdenburg wird uns mitgeteilt, daß das Motiv verletztes Ehrgefühl gewesen sein soll. Der Verstorbene hat einen Brief hinterlassen, in dem er einen Geschäftsfreund beschuldigt, ihn „in den Tod getrieben zu haben“. Wie wir erfahren, war Jüdenburg zu Unrecht des Betrugs beschuldigt worden, was er sich so zu Herzen nahm, daß er, wie es in seinem Briefe heißt, „lieber tot als lebendig sein wollte“.

Diebstähle. Gestohlen wurden hier dem Polizeibericht zufolge am 9. d. M. aus einer Wohnung in der Großen Liesdorfer Straße eine goldene Damenuhr (Fabriknummer 60321) mit den in der Außenseite des Deckels eingravierten Buchstaben E. M., nebst langer goldener Kette mit Schieber, ein schwarzes Handtäschchen, ein Holzstäbchen, ein schwarzes Klappportemonnaie und 35 Mark bar. Als Täter kommt ein Mann in Frage, etwa 30 Jahre alt, 1,70 Meter groß, schlank, dunkelblond, mit kleinem rotem Gesicht, bekleidet mit grünlichem Schlapphut und grünlischer Joppe mit Gürtel. Mitteilungen über diese Person sind der Kriminalpolizei erwünscht. Ferner sind gestohlen in der Nacht zum 9. d. M. aus einem Schaufkasten am Breiten Wege vier Jedeimücken (drei blaue und eine braune) und zwei dunkelblaue Schirmmützen, in der Zeit vom 9. bis 11. d. M. aus einer unverschlossenen Wohnung in der Schrotdorfer Straße ein silbernes Kettenarmband mit Ringel, ein mattgoldener Dameningring mit zwei Perlen und einem grünen Stein in der Mitte, eine runde Broche mit Smaragden und einem grünen Stein und ein silbernes Halsketten mit Anhänger, in dem sich ein roter Stein befindet. — In der Nacht zum 10. d. M. ist in einem Barbiergeschäft in der Schindlerstraße ein schwarzer Diebstahl ausgeführt worden. Die vom Hausflur nach dem Laden führende Tür ist von den Dieben geöffnet, zwei Kisten im Laden sind aufgebrochen und gestohlen sind etwa 35 Mark. Die Diebe sind von der Kriminalpolizei in der Person des Barbierlehrlings Erich G. und des Schlossers Heinrich F. von hier ermittelt und festgenommen worden. G. hat den Vorschlag zur Ausführung des Diebstahls gemacht, F. hat den Diebstahl

gefertigt und damit die Eingangstür geöffnet, während das Aufbrechen der Behältnisse von beiden ausgeführt ist. Den gestohlenen Betrag haben sich beide geteilt und verjubelt. G. hat ferner versucht, die Schlosser F. zu veranlassen, bei seinem — des G. — Vorwand, eine Fleischermeister, einen Einbruchdiebstahl auszuführen und dann zusammen nach dem Auslande zu flüchten. In seinem Notizbuch hat er bereits ein Verzeichnis aufgestellt, was für Sachen sie sich zu Auslandsreisen zu beschaffen hatten.

Gefundenes Fahrrad. Am 9. d. M. ist in der Schönebergstraße ein Fahrrad „Parade“ (Fabriknummer 137258) gefunden worden. Der Eigentümer, kann sich bei der Kriminalpolizei melden.

Städtische Konzerte. Die öffentliche Hauptprobe zu dem am Mittwoch stattfindenden Sinfonie-Konzert des städtischen Orchesters im Stadttheater beginnt um 11 Uhr vormittags. Es wird das ganze Programm aufgeführt. Solisten sind: Kammerfängerin Dora Moraw, Violoncello-Virtuose Heinrich Kiefer.

Zentraltheater. Die zweite Kinder-Extravorstellung mit dem Grand Zirkus Viliput und den übrigen Künstlern nimmt heu nachmittag 4 Uhr ihren Anfang. Mit dem Freitag erreicht dann das Gespielt dieses in der ganzen Welt bekannten Viliputner-Zirkus sein Ende.

Letzte Nachrichten.

Arbeiter-Kontrollreue

Hd. Berlin, 12. Januar. Bei den Konferenzen im preussische Handelsministerium, sowohl in den Bergbauvereinen als auch mit den Arbeiterführern, ist nicht der fertige Entwurf der Berggesetznovelle vorgelegt worden, sondern nur wenige generelle Grundzüge. Der Entwurf wird aus allgemeinen, geheimen Wahlen hervorgehende Arbeiterkontrollreue für jedes Steigerrevier bringen, so daß auf die einzelnen Reue je nach Größe 6 bis 12 Kontrollreue entfallen. Diese dürfen jederzeit in Begleitung eines Reuebeamten die Grube besetzen. Auf Verlangen muß im Falle von Gefahr der staatliche Reuebeamte benachrichtigt werden. Die Arbeiterkontrollreue bleiben im Arbeitsverhältnis und werden von der Reue bezahlt.

Der erste „Notz“.

Hd. Braunschweig, 12. Januar. Bei der heutigen stattgefundenen Wahl zur Braunschweigischen Landesversammlung, Wahlkreis Stadt 3, erhielten Dr. Wolters 34 Stimmen, Dr. Jäpper 24 und Dr. Jäpper (Soz.) 29 Stimmen. Demnach ist der Sozialdemokrat Dr. Jäpper gewählt. Damit erhält der erste Sozialdemokrat Sitz im braunschweigischen Landtag.

Moderne Greuel.

* Paris, 12. Januar. Vor einer enormen Menschenmenge, die aber wegen des herrschenden Nebels nur die Umrisse der Reichstagsgebäude wahrnehmen konnten, wurden gestern früh die beiden Brüder Pollet sowie ihre Genossen Deros und Brouant, vier wegen Mord des zum Tode verurteilten Berdreher in Wéluine im Departement Pas-de-Calais, guillotiniert. Der Gefängnisgeistliche Gégamont las den bei Delinquenten auf diese Weise die Messe. Abel Pollet, der Bandenchef, wurde zuletzt hingerichtet. Er war der einzige, der die Kraft hatte, einige Worte zu sprechen. Er sagte: „Wir trauern nicht viel, aber ich alle miteinander tangt noch viel weniger.“ Während der 9 Minuten, die die Hinrichtung der vier Verbrecher dauerte, sang die Menge unaufhörlich Gelegenheitsstrophen nach bekannten Melodien. Die Straßenjugend lief den Karren nach, welche die Särge zu Friedhöfen beförderten.

Hd. Paris, 12. Januar. Die gesamte Presse beschäftigt sich mit den Vorgängen bei den gestrigen in Wéluine vollzogenen Hinrichtungen. Mehrere Blätter sagen, die Todesstrafe sei von der Willen der Nation aufrechterhalten worden; aber Szenen, wie sie in Fenster begrüßt worden sei, seien unendlich schmerzvoll. Wenn man schon den Fenster beibehalten wollte, so müsse man ihn wenigstens verbergen.

Erdböden in Amerika.

Hd. New York, 11. Januar. Wie aus Seattle, Bellingham, Tacoma, Vancouver und anderen Ortschaften im Staate Washington gemeldet wird, sind dort am Nachmittag und am Abend Erdstöße verspürt worden, die mehrere Sekunden dauerten und die dortige Bevölkerung in Schrecken versetzten. Schaden ist nicht angemerkt worden.

Hd. Berlin, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Es wird jetzt bekannt, daß der Kaiser anlässlich des 60-jährigen Regierungsjubiläums des kaiserlichen Kaisers bei dem Kaiser-Franz-Garde-Granadier-Regiment eine Ansprache gehalten habe, in der er die Bundesstreue Franz Josephs lobte. In der Rede kommt folgende Stelle vor: „Es löbten, was Gott verheißt, möge, noch schwerere Zeiten kommen, in denen diese Treue von Wert sein könne!“

Hd. Berlin, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Der preussische Abgeordnetenhause gab bei Einbringung des Etats der Finanzminister einen Ueberblick über die Finanzlage. Das Defizit betrage für 1907 nicht weniger als 71,8 Millionen, wovon in besondere der Ausfall bei den Eisenbahnneuaufnahmen, bei 59,5 Millionen betrage. Schuld sei. Schlichter werde es für 1908 ausfallen, das Defizit werde hier 165 Millionen betragen, wovon noch 30 Millionen kommen, wenn das Haus die Steuerzufüsse ablehne. Für 1909 müsse die Mindereinnahme bei der Staatsbahn auf 97 Millionen geschätzt werden. — Der Wahlrechtsantrag wird jedenfalls in dieser Woche nicht zur Verhandlung kommen, bestimmt wird erst heute abend bekannt.

Hd. Naumburg (Saale), 12. Januar. Der Kanonier Fritzbyla von der ersten Batterie des ersten Feldartillerie-Regiments ließ sich von der Lokomotive eines Schnellzugs überfahren. Der Tod trat sofort ein. Die Ursache des Selbstmordes ist in einer bevorstehenden Bestrafung wegen Mißbrauchs der Waffengewalt zu suchen.

Hd. Chemnitz, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Das Schöffengericht verurteilte den Verkauwörtlichen unsterblichen wegen Verleumdung eines Stadtrats zu 100 Mark Geldstrafe. Es handelt sich um den Stadtrat Sawammitz, der die bekannten Verfügungen gegen die Ortskrankenkassen erlassen hatte.

Hd. Hannover, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Auf dem Wege zwischen Doehren und Neddingen versuchten in der vergangenen Nacht zwei Diebe Kupferdraht der elektrischen Leitung nicht abgestellt war. Als einer der Männer mit einer Säge den Draht durchschneiden wollte, stürzte er tot nieder.

Hd. Petersburg, 12. Januar. General Sidjfel im Admiral-Neboatow haben ein Vegenadigungsgeheuch an den Zaren gerichtet, dasselbe ist jedoch bisher nicht erledigt worden.

Hd. Riga, 12. Januar. Gestern wurden hier sechs von Kriegsgerichte verurteilte Personen, darunter ein Student des Polytechnikums gehängt.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 13. Januar: Böig, kalter, Schneefall.

Damen-Hemden

1 Posten Damen-Hemden **50 Pf.**
aus Hemdentuch, Vorder-schluf, mit Spitze garniert Inventurpreis

1 Posten Damen-Hemden **75 Pf.**
aus Hemdentuch, Vorder-schluf, mit Spitze garniert Inventurpreis

1 Posten Damen-Hemden **100**
aus Hemdentuch, Vorder- und Schulter-schluf, mit Spitze garniert Inventurpreis

1 Posten Damen-Hemden **145**
aus Hemdentuch, Vorder-schluf, mit Lang-
uette, oder Dowlas, mit Spitze garniert
Inventurpreis

1 Posten Damen-Hemden **125**
aus Hemdentuch, Schulter-schluf, mit Lang-
uette garniert Inventurpreis

1 Posten Damen-Hemden **155**
aus Hemdentuch, Schulter-schluf, mit Spitze
Inventurpreis

1 Posten Damen-Hemden **175**
aus Prima Hemdentuch, Herzpasse, Vorder-
schluf und Schulter-schluf, mit Spitze garniert
Inventurpreis

Inventur-Verkauf!

Mittwoch Donnerstag



Extrapreise Extrapreise

Nachtjacken



Ein Posten Nachtjacken **75 Pf.**
aus bunt gemustert Barchent, mit Spitze garniert
Inventurpreis

Ein Posten Nachtjacken **90 Pf.**
aus bunt gemustert Barchent, mit Spitze garniert
Inventurpreis

Ein Posten Nachtjacken **1.50**
aus rosa gemustert Barchent, mit Klapptragen
und Waschbezug garniert Inventurpreis

Ein Posten Nachtjacken **1.85**
aus rosa gefärbt Barchent, mit Klapptragen,
farbig, Lang. u. Bösch. garniert Inventurpreis

Ein Posten Nachtjacken **1.35**
aus weiß geraucht Croisé, mit breiter Stiderei
garniert Inventurpreis

Ein Posten Nachtjacken **1.75**
aus weiß geraucht Croisé, mit Klapptragen u. Pann-
lapp, od. breiter Stiderei garniert Inventurpreis

Ein Posten Nachtjacken **1.90**
aus weiß geraucht Croisé, mit weißer oder far-
biger Stiderei Inventurpreis

Ein Posten Nachtjacken **2.30**
aus weiß geraucht Croisé, mit breiter weißer
Stiderei u. Klapptragen garniert Inventurpreis

Damen-Hemden

1 Posten Damen-Hemden **75 Pf.**
aus Hemdentuch, Schulter-schluf, mit handge-
stickter Paffe Inventurpreis

1 Posten Damen-Hemden **190**
aus Hemdentuch, Schulter-schluf, mit handge-
stickter Paffe Inventurpreis

1 Posten Damen-Hemden **220**
aus Prima Madapolam, Herzpasse, Vorder-
oder Schulter-schluf, mit Languette garniert
Inventurpreis

1 Posten Damen-Hemden **250**
aus Prima Renforcé, Schulter-schluf, m. Stiderei
oder Hohltaumlanguette, oder Vorderpasse, mit
Languette und Hohltaumen Inventurpreis

1 Posten Damen-Hemden **300**
aus Prima Renforcé, Herzpasse, Schulter- und
Vorderschluf, mit Handlanguette
Inventurpreis

1 Posten Damen-Hemden **300**
a. Prima Renforcé, Schulter-schluf, m. Radeira-
passe und Handlanguette Inventurpreis

1 Posten Damen-Hemden **350**
aus Prima Renforcé, Schulter-schluf, mit reich-
gestickter Radeirapasse und Handlanguette
Inventurpreis

Ein Posten Kinder-Höschen

aus weiß geraucht Croisé, mit ausgedogtem Solant, offene Form
35 40 45 50 55 60 65 70 75 80 cm
40 50 60 70 80 90 Pf. 1.05 1.15 1.25 1.35

Ein Posten Kinder-Höschen

aus weiß geraucht Croisé, mit Stidereirolanz, geschlossene Form
35 40 45 50 55 60 65 cm
60 70 85 95 Pf. 1.10 1.20 1.30

Ein Posten

einzelner ^{1/2} dtzd. Beinkleider

aus geraucht Croisé, mit Stiderei
oder Stiderei mit Einsatz oder Handlanguette garniert

Inventurpreis

Stück **2.50 2.75 3.00 3.25**

Die Inventur-Preise für Baumwollwaren u. Trikotagen gelten bis Sonnabend

Putz!

Sämtliche Hüte, garniert und
ungarniert, für die Hälfte des
.: ursprünglichen Preises! .:

Putz!